

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 13.

Sonnabend, den 30. März 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Wie die Steinbruchbesitzer die Arbeiterschutzbestimmungen respektieren. — Seltsame Unternehmerpraktiken. — Aus Berlin. — Der naive Herr Schwender. — Gaukonferenz des 3. Gaues. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Steinausschreibungen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Das Koalitionsrecht in Gefahr. — Wirtschaftliche Rundschau. — Tarifabschluss in Frankfurt a. M. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Von der Entwicklung des Bauwesens. IV.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Witten: Firma Lüneburger & Franzen. — Lichtenberg bei Berlin: Mühlensteinfabrik Goldammer. — Rütten: Firma Keuter. — Arnstadt: Firma Klinghammer.

Wellerode. Die Firma Sieke sperrte circa 90 Steinarbeiter aus. Zugang nach Wattenbach und Wellerode bei Kassel ist streng fernzuhalten. Ein Teil der Kollegen ist anderweitig untergebracht.

Gera. Der Streik bei Firma Korb & Löpelmann dauert fort. Die Kollegen werden ersucht, Gera unbedingt zu meiden.

Selters im Westerwald. Bei der Firma Cornelius Bidel haben die im Trachtsteinbruch beschäftigten Kollegen die Kündigung wegen Lohndifferenzen eingereicht.

Zinshain (Westerwald). Durch Verhandlungen mit der Direktion der Westerwaldsteinbrüche wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die angekündigten Lohnabzüge nicht erfolgen. Den Pflastersteintippern wurde auf eine Sorte eine Aufbesserung zugestanden.

Schäft a. M. Bei der Firma Georg Horn, Marmorgeschäft, haben wegen Nichtanerkennung des vorgelegten Tarifs sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt.

Bübel. Die Tarifverhandlungen für die Granitarbeiter sind mit Erfolg beendet.

Bühow (Mecklenburg). Im hiesigen Granitwerk ist die Lohnbewegung für die Kollegen günstig beendet. Der Stundenlohn wurde von 50 auf 54 Pfg. erhöht, desgleichen die Akkordpreise für die Hand- und Maschinenfleißer.

Osterwald. Die Kollegen von Mehle und Osterwald stehen in einer Lohnbewegung. Die stattgefundenen Verhandlung ist gescheitert.

Munkirchen. Die am Spalthammer beschäftigten Kollegen stellten wegen Einführung des Akkords die Arbeit ein.

Mittweida. Die Lohnbewegung für die 130 Pflastersteinschleifer ist soeben mit Erfolg beendet worden. Die Stundenlöhne der Hilfsarbeiter wurden ebenfalls erhöht.

Deheln (Amt Waldshut, Baden). Mit der Firma Riener schweben Verhandlungen, die noch zu keinem Resultat führten. Zugang von Pflastersteinarbeitern ist streng fernzuhalten.

Weinsberg b. Heilbronn (Württemberg). Bei der Sandsteinfirma Kühler wurden sämtliche Kollegen entlassen, weil sie Einspruch erhoben gegen die grundlose Entlassung resp. gegen das Aussehenlassen verschiedener verheirateter Kollegen. Die Verhandlungen wurden von der Firma abgebrochen. Die Firma hat noch Betriebe in Kirzberg a. d. Jagst und Garzberg bei Rünzelsau. Zugang nach allen Betrieben ist fernzuhalten.

Ludwigshafen. Die Lohnbewegung der Sandsteinarbeiter endete mit dem Resultat, daß ein neuer Tarif mit 5, 3 und 2 Pfg. Stundenlohnaufbesserung auf ein Jahr abgeschlossen wurde.

Speyer. Nach mehrmaligen Unterhandlungen kam ein Tarif mit den Unternehmern auf drei Jahre zustande. Die damit eintretende Lohnerhöhung beträgt 2.00 Mk. bis 2.50 Mk. pro Woche.

Rammelsbach. Die Betriebsverwaltung des Staatsbruchs hat die vor einiger Zeit vorgenommene Tagelohnreduktion von 10 bis 30 Pfg. pro Tag auf Vorstelligwerden des Arbeiterausschusses und einer schriftlich eingereichten Eingabe wieder rückgängig gemacht. Einigen Arbeitern wurde eine Extrazulage von 10 Pfg. pro Tag gewährt.

Frankfurt a. M. In der hiesigen Sandsteinindustrie wurde bis zum 31. März 1912 ein Tarif abgeschlossen, der den beteiligten Kollegen eine Lohnaufbesserung von 3 Pfg. pro Stunde bietet. Für die Grabstein- und Marmorbranche kam ein Tarifabschluss von 3 Jahren (bis 31. März 1915) zustande. Die Löhne der Steinmehlen, Schleifer und Hilfsarbeiter sind ebenfalls erhöht, im zweiten Jahre steigen die Löhne abermals um 2 Pfg. Näheres siehe Bericht.

Königsutter. Die Firma Norddeutsche Kalkindustrie, G. m. b. H. hat am 11. März 20 Brucharbeiter wegen Forderung des tariflichen Lohnes entlassen. Der Betrieb ist gesperrt.

Striegau. Nach eingehenden sechstägigen, äußerst sachlichen Verhandlungen kam mit den Granitindustriellen ein neuer Tarifvertrag zustande. Für das Schärfen des Werkzeugs wird eine Entschädigung von 3 Proz. bezahlt. Die Lohnsätze für Hilfsarbeiter, Brecher, Koffierer und Steinmehlen erhielten eine dementsprechende Aufbesserung. Eine Massenversammlung, welche am 22. März tagte, nahm den Tarif einstimmig an. Der Tarif hat Gültigkeit für etwa 850 Kollegen und läuft bis zum 1. April 1914. Die Schiedsgerichtsordnung bedarf noch der Vereinbarung.

Koburg. Sandsteinarbeiter möchten nach hier Zugang fernhalten. Die Bauarbeiter wurden ausgesperrt. Dabei sind die Steinmehlen in Mitleidenschaft gezogen.

Magen (Rheinland). Der christliche Sekretär Rail wollte uns zu den Tarifverhandlungen nicht zulassen. Bei der Abstimmung ergab sich, daß von den Christlichen 18 gegen und 23 für die Zulassung unseres Vorsitzenden Braun votierten. Die Steinarbeiter sind über das Verhalten ihres besoldeten Führers sehr entrüstet.

Osnabrück. Die Lohnbewegung ist mit gutem Erfolg beendet. Es wurde zum erstenmal ein Einheitsstarif abgeschlossen. Der Stundenlohn erhöht sich um 5 Pfg. Von allen Kollegen wird dieser Abschluß als schöner Erfolg anerkannt.

Frankfurt a. d. O. Die Lohnforderung wurde bei der Firma C. Schulze bewilligt. Die übrigen Firmen lehnen dieselbe strikte ab.

Schweiz. Nach St. Margrethen ist Zugang streng fernzuhalten. Die aus der Rheinpfalz zugezogenen Streikbrecher üben ihr schändliches Gewerbe immer noch aus. In Oesterreich-Ungarn sind gesperrt: Oplotitz (Granitwerk Ceslat), Budapest (Melocco, Walla), Temesvar (Georg Kupfer), Eslegg (Firma Hendrich).

Wie die Steinbruchbesitzer die Arbeiterschutzbestimmungen respektieren.

Die Steinbrüche werden meist weitab von den großen städtischen Industriezentren betrieben. Die Kontrolle der Bruchbetriebe durch die Aufsichtsbeamten der Gewerbeinspektionen und der Steinbruchberufsgenossenschaft ist deshalb eine schwierigere, als wenn nur Betriebe im Weichbild der Städte in Frage kämen. Die Herren Steinindustriellen machen sich diesen Umstand im weitesten Maße zunutze, und so achten sie Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter nicht in genügender Weise. Wenn wir einen solchen Vorwurf erheben, so sind wir uns der Schwere dieser Anklage vollumfänglich bewußt; aber wir werden diesen schweren Hinweis nur mit amtlichem Material belegen. Wir wollen feststellen, daß in der deutschen Steinindustrie in den Jahren 1886 bis 1909 netto 166 259 Unfälle zur Anmeldung gekommen sind.

Die Steinbruchberufsgenossenschaft muß in ihrem Bericht für das Jahr 1910 selbst zugestehen, daß die Unfallgefahr eine immer größere wird. Aber man hat einen Entschuldigungsgrund, indem die Unternehmer nicht die nötige Allgemeinbildung aufweisen. In diesem amtlichen Bericht heißt es:

Wie aus der nicht geringen Zahl von Beanstandungen hervorgeht, läßt die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften in einer großen Reihe von Betrieben noch viel zu wünschen übrig. Es ist dies aber erklärlich und nicht überraschend, wenn man in Betracht zieht, daß viele Unternehmer und deren Aufseher neben dem Mangel einer ausreichenden Schulbildung auch noch ganz ungenügende technische Bildung haben. Es fehlen ihnen oft die elementarsten Kenntnisse in bezug auf technische Leitung eines Steinbruchbetriebes, Behandlung und Verwendung der verschiedenen Sprengstoffe usw., von der Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften und der Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen in den maschinellen Einrichtungen gar nicht zu reden. Daß darunter die Sicherheit des Betriebes leiden muß, kann nicht wunder nehmen.

Dieses Zitat würde allein schon genügen, um in trefflicher Weise gekennzeichnet zu haben, wie betrübend es mit dem Arbeiterschutz in der Steinindustrie aussieht. Aber wir können noch viel mehr derartige Beweise beibringen, um unsre Behauptungen genügend zu stützen, und wir verweisen in nachstehendem auf Auszüge, die den Gewerbeinspektionsberichten einzelner Bundesstaaten mit einer starken Steinindustrie entnommen sind. In den Berichten heißt es:

Die vielen Verfehlungen in den Steinbrüchen und Steinhauerereien gegen die einschlägigen Vorschriften lassen auf ein wenig willfähriges Verhalten der Unternehmer schließen. Große Schuld an diesen Verhältnissen liegt dabei auch an den einzelnen Betriebsleitern, welche den gesundheitlichen Anordnungen, manchmal vielleicht noch mehr wie die Unternehmer selbst, widerstreben. (Bayrischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1905, Seite 197.)

In den Steinbrüchen und Steinhauerereien sind es vor allem die Unterfunktsräume, die zur Erinnerung Anlaß geben. Diese Räume wurden in 31 Betrieben nicht in dem vorgeschriebenen Zustande befunden. (Sächsischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1906, Seite 67.)

In einem Granitsteinbruch wurden die Arbeiter in gewissenloser, gemeingefährlicher Weise in Unterhöhlen beschäftigt. Die Einstellung des Betriebes an der betreffenden Stelle wurde bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde beantragt und durchgeführt. (Bayrischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1907, Seite 87.)

Von den 22 Unfällen mit tödlichem Ausgang entfallen wieder unverhältnismäßig viele, nämlich 6, auf die Steinbrüche. Immer wieder wird bei den Revisionen die völlige Mißachtung der einfachsten Vorsichtsmaßregeln und aller polizeilichen Vorschriften über den Abbau festgestellt. Allein im Bezirk der Gewerbeinspektion Wiesbaden mußten 6 Steinbruchbetriebe wegen ihres gefährlichen Zustandes polizeilich eingestellt werden. (Preussischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1907, Seite 392.)

Von den einzelnen Industriezweigen geben wiederum die Steinbruchbetriebe am meisten zu einem Einschreiten Veranlassung. In erster Linie waren es die Aufbewahrungsräume für Sprengstoffe, die vielfacher Verbesserung in ihrer inneren Einrichtung bedurften. Ihnen folgte die bessere Beseitigung des Abbrammes, die Untersuchung der Felswände auf absturzdrohendes Gestein, die Sicherung gefährlicher Stellen in den Brüchen durch Umäußerung, die Verwendung von Klotzseilen auf exponierten Arbeitsstellen und die Hervorkommung der Bremsbahnen und der Transportgefäße hinsichtlich ihrer Betriebssicherheit. (Preussischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1907, Seite 462.)

Aufsichtsbezirk Burgen: Zum Zwecke der Unfallverhütung waren 577 Anordnungen notwendig zu treffen, von denen allein 242 auf die Industrie der Steine und Erden entfielen. (Sächsischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1907, Seite 212.)

Bei der Befähigung von 168 Steinbrüchen und Steinhauerereien mußte in 56 Fällen der mangelnde Anhang der Reichsanwalterbekanntmachung beanstandet werden. (Bayrischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1908.)

Obgleich im Berichtsjahre den Steinbrüchen und Steinhauerereien gemäß Ministerialentscheidung vom 18. April 1908 besondere Aufmerksamkeit vom Gesichtspunkte der Unfallverhütung gewidmet wurde, so ist doch die Zahl der aus diesen Betrieben gemeldeten Unfälle nicht zurückgegangen. Es kamen von dort (aus der Rheinpfalz) allein 7 Todesfälle zur Anzeige. (Bayrischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1908, Seite 74.)

In einigen Steinbrüchen wurden Arbeiter sogar nachts mit Bohrarbeit beschäftigt. Man ließ die betreffenden Arbeitgeber hierwegen unter Strafandrohung strengstens warnen. (Seite 78.)

In den Steinbrüchen und Steinhauerereien (für den Regierungsbezirk Unterfranken), von denen im abgelaufenen Jahre 340 revidiert wurden, waren 54 Verfehlungen gegenüber 274 im Vorjahre (1907) festzustellen. In einer größeren Zahl von Fällen mußte die Weiterarbeit der Steingewinnung an einzelnen Bruchwänden verboten und in einem Falle die Sprengung eines einsturzdrohenden Felsstückes, bei dem im vorigen Jahre vorchriftswidrige Unterhöhlungsarbeiten vorgenommen wurden, polizeilich verfügt werden. (Bayrischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1908, Seite 177.)

Ist der Geschäftsgang (in der Steinindustrie) gut, dann bleibt keine Zeit, auf eine solche Ordnung zu halten, wie sie im Interesse der Unfallverhütung zu wünschen wäre. Kommen dagegen flauere Zeiten, so werden nicht selten die Opfer gebracht, die zur Beseitigung der Unfallgefahren notwendig sind.

Auf Widersegligkeit der Arbeiter gegen getroffene Anordnungen wurde nicht geachtet. — In einem Betrieb gab jedoch der Schachtmeister seiner Entrüstung über eine — wie der Befund ergab — durchaus notwendige Nachrevision dadurch Ausdruck, daß er von „Gemeinheit“ und „Denunziation“ sprach. (Bericht der technischen Aufsichtsbeamten der Steinbruch-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1909, Seite 18.)

Ein Massenunfall mit drei Toten ereignete sich im Februar des Berichtsjahres in einem Steinbruch der Vorberge dadurch, daß eine seit langen (!) Jahren unverändert stehende Wand plötzlich in einer erheblichen Ausdehnung hereinbrach.

Ein Steinbrucharbeiter wurde von einem umfallenden Steinblock erdrückt.

Wegen Nichtbeschaffung eines Schuttdaches für die im Freien beschäftigten Steinhauer erhielt ein Steinbruchbesitzer auf Grund der Bundesratsverordnung eine Geldstrafe von 4 Mk.

Zwei Arbeiter wurden erschlagen durch herabfallende Steine. Ein Steinbrecher wurde in einem Basaltbruch am Hinterkopfe tödlich verletzt, ein anderer Arbeiter wurde ebenfalls in einem Basaltbruch beim Steintransport tödlich verletzt. (Bayrischer Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1910.)

In den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten für die Jahre 1910 und 1911 finden wir, daß besonders sehr viele gefährliche Unfälle bei den Schieferarbeiten vorkommen. Wir müssen alles aufbieten, daß die Unfallverhütungsvorschriften in Zukunft mehr zur Anerkennung gebracht werden können.

Diese amtlichen Darstellungen dürften auch auf die Behörden, die der Steinindustrie gewaltige Aufträge zukommen lassen, einen gewissen Eindruck machen. Wir dürfen ohne jegliche Uebertreibung behaupten, daß im Punkt Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der gesamten Steinindustrie die allertraurigsten Zustände herrschen. Wenn man die Gewerbeinspektionsberichte studiert, so fällt unwillkürlich auf, daß für die Steinarbeiter der Arbeiterschutz tatsächlich nur auf dem Papier steht. Und wenn dann ausnahmsweise die Arbeiter den Mut haben, zu verlangen, daß die Unfallverhütungsvorschriften durchgeführt werden, so werden sie nicht selten entlassen. Wir haben schon angedeutet, daß in der Steinindustrie, wegen dem Zerstreutliegen der Betriebe, die Revisionen nicht so ausgeführt werden können. Die Herren Unternehmer nutzen diesen Vorteil weidlich für sich aus, und so ist es eigentlich Pflicht der Baubehörden, daß sie die selbstverständlichen sozialen Beziehungen der Arbeiter unterstützen.

Auf den Gaukonferenzen wurde überall geklagt, daß oft die trassendsten Mißstände bezüglich des Arbeiterschutzes in der Steinindustrie bestehen. Wenn aber die Unternehmer veranlaßt werden sollen, daß diese Verfehlungen verschwinden müssen, dann muß eine umfassende Kritik im „Steinarbeiter“ einsehen. Hoffentlich finden wir in dieser Hinsicht aus den Reihen der Kollegen genügend Mitarbeiter.

Seltene Unternehmerpraktiken.

In letzter Zeit hatten wir mehrmals Gelegenheit, zu beobachten, wie namentlich in der Sandsteinindustrie größere Entlassungen vorgenommen wurden. Da uns auch bekannt war, daß die Firmen vielfach noch erhebliche Aufträge zu erledigen hatten, so konnte der Grund doch nicht Arbeitsmangel sein. In vielen Fällen wurden auch, bald nachdem die entlassenen Steinmehnen abgereist waren, wieder neue eingestellt. Es läßt sich nun daraus leicht vermuten, daß der Zweck des Ganzen der ist, die Steinmehnen etwas „durchzu-schieben“, um die „Mißliebigen“ dabei nach Möglichkeit loszuwerden. Daß durch diese Handlungsweise gerade unsere rührigsten Verbandsmitglieder am meisten geschädigt werden, liegt auf der Hand. Wir haben nun das Gefühl, daß dabei auch mitunter die Unterbietungen bei Submissionen mit hineinspielen. So wurden z. B. Anfang dieses Jahres die Sandsteinarbeiten zum königlichen Eisenbahndirektionssgebäude in Breslau vergeben. Die Firmen Zeidler u. Wimmel in Bunsau und L. Niggel in Breslau gaben beide Offerten für Wallisfurter Stein. Die Produktionskosten (Löhne, Transport usw.) sind für beide Firmen die gleichen. Während nun die Firma Niggel 272 068,80 Mk. forderte, verlangte die Firma Zeidler u. Wimmel nur 190 151 Mk. 43 Pfg. Die Arbeit wurde dann zu ungefähr gleichen Teilen an die Firma Zeidler u. Wimmel in Wallisfurter Stein und an C. Schilling in Wünschelburger Stein vergeben. Für die Sockelquader zu diesem Bau wurde besonders rauhes Material verlangt. Nun ist Wallisfurter Stein mit 10 Prozent Aufschlag zum Heuschuertarif zu bezahlen. Des weiteren besagt die Position 39a des Tarifs: „Für groben, harten Heuschuertarifen werden Zulagen nach Vereinbarung und nach festgelegten Proben bezahlt mit 10, 20 und 30 Prozent, durchweg auf Profil und Flächen auch für Boisenquader. Wenn nun bei Zeidler u. Wimmel in Rückers vordem mitunter härterer als der Normalstein verarbeitet wurde, so gab es darauf auch Zuschlag. Da nun zu besagtem Sockel fast ausnahmslos hartes Material zur Verwendung kam und die Steinmehnen dementsprechend Zuschlag verlangten, so kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf auch unser Verbandsvorstand, Kollege Starke, dort war. Derselbe machte den Vermittlungsvorschlag, diese glatten Arbeiten in dem besonders harten Material durchweg mit 20 Prozent zu bezahlen. Da nun der Werkmeister in Rückers keine Vollmacht hatte, so wandte sich Starke schriftlich an den Inhaber der Firma, Herrn Hoffsteinmeister Mezging in Berlin. Starke erhielt dann von Herrn Mezging ein Schreiben, in dem ausgeführt wurde, daß 20 Prozent durchweg nicht bewilligt werden könnten, da die Steinmehnen dann auch für weicherer Material mehr verlangen würden. Diese Befürchtung dürfte wohl nicht unbegründet sein, da die Steinmehnen dort viel lieber Normalstein verarbeiten, als mit Zuschlag belegen. Auch habe ich mich durch mehrmaliges Probieren überzeugt, daß der Unterschied zwischen den einzelnen Steinarten ein derartiger ist, daß der Polier mühelos mit Sicherheit feststellen kann, ob der Stein Zuschlag erfordert. In Rückers wurden aber inzwischen doch meist alle Quader mit 20 Prozent bezahlt, da ja tatsächlich nur hartes Material zur Verwendung kam und glaubten wir auch, daß die Sache erledigt sei. Anfang März wurden aber alle Steinmehnen bis auf vier entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Der Vorschlag der Kollegen, die Arbeitszeit zu verkürzen, wurde vom Werkmeister abgelehnt mit der Begründung, daß nur noch 20 Quader zu machen seien. Auch wurde erwähnt, daß die Arbeit fertig machen zu lassen und dann alle zu entlassen, darauf ging der Werkmeister ebenfalls nicht ein. Einige der Entlassenen wurden im Goldbacher Betriebe der Firma weiterbeschäftigt. Die Kollegen vermuteten nun, daß eine „Auslese“ unter ihnen vorgenommen werden sollte. Tatsächlich wurden nach der Entlassung auch in Rückers wieder Steinmehnen eingestellt. Als nun auch zwei entlassene Kollegen (darunter der Vorsitzende) wieder um Arbeit nachfragten, wurden sie unter allerhand Vorwänden abgewiesen. Die Kollegen wandten sich nun an die Gauleitung, und da ich gerade selbst in Striegau war, so fuhr ich nach Rückers, um die Sache zu regeln. Mir fiel dort gleich auf, daß die meisten beschäftigten Steinmehnen Ausländer waren. Als ich nun mit dem Werkmeister Rücksprache nahm, doch die zwei gemahregelten deutschen Steinmehnen (Rothe und Müller) wieder einzustellen, sagte dieser unter anderem, er müsse sich an die Ausländer halten, da diese hier anfällig seien. Aber auch von den beschäftigten ausländischen Kollegen sind zwei ledig, und als ein dritter, 19jähriger, aus Solidarität aufhörte, weil er die Sache nicht für recht ansah, so wurde ihm vom Werkmeister gesagt, Sie sind schon dumm, daß Sie aufhören, Sie haben doch Arbeit. Zu den arbeitslosen Deutschen wurde aber gesagt, Sie sind noch junge Leute und können in die Fremde gehen. Einer von diesen ist 32 Jahre alt und seit nahezu vier Jahren fast ausschließlich in den Betrieben der Firma Zeidler u. Wimmel beschäftigt und hat bei derselben zeitweise in Vertrauensstellung gestanden. Auch führt der Betreffende gemeinsamen Haushalt mit seiner Mutter, es ist nur an seinem Wohnort keine Arbeit. Auf meine Frage an den Werkmeister, was gegen die Leute vorliegt, sagte er, daß beide gute Steinmehnen seien und sich auch gut geführt haben. Unseres Erachtens ist nun ein Sandsteinmehne mit 32 Jahren und 18-jähriger Berufstätigkeit kein junger Mann mehr, der auf die Landstraße gehört. Auch wurde dem Werkmeister vorgehalten, daß es durchaus nicht notwendig sei, Ausländer zu bevorzugen, um einen Stamm Leute zu haben. Als im vorigen Herbst in Rückers und Goldbach kein Mann arbeitete, kamen auf ein Inserat der Firma im deutschen „Steinarbeiter“ weit mehr Steinmehnen, als überhaupt eingestellt werden konnten. Auch sagte der Werkmeister, daß die meist auf Granit gelernten neu zureisenden österreichischen Steinmehnen eine sehr mangelhafte Arbeit liefern, ehe sie sich einrichten. Der Hauptgrund, warum dort, nicht nur bei Zeidler u. Wimmel, sondern in der ganzen Heuschauer, die Ausländer vielfach den Deutschen vorgezogen werden, mag wohl darin zu suchen sein, daß diese zumeist schon der sprachlichen Verhältnisse wegen meist nicht in der Lage sind, nach Tarif zu rechnen. Wir wollen nun mit Vorstehendem keine Spaltung

zwischen den Kollegen hervorrufen, die immer in gutem Einvernehmen gestanden. Wir wollen auch nicht den Ausländern die Arbeitsgelegenheit verkümmern, das aber müssen wir von Verbands wegen verlangen, daß die deutschen Arbeiter nicht offensichtlich zurückgesetzt werden gegen ausländische, zumal die in Betracht kommenden Firmen sehr viele Staatsaufträge ausführen. Wenn man bedenkt, daß die deutschen Granitindustriellen einen Zoll auf Steinmaterial fordern im Interesse der nationalen Arbeit, so ist vorstehendes Verhalten einfach unverständlich. Unser Verband wird durch Eingaben an die Behörden und durch eine öffentliche Kritik alles aufbieten, daß die Maximen der Herren Steinmeister, die mit Schmutzeln die Staatsaufträge übernehmen, in Zukunft unterbunden werden. Auf keinen Fall lassen wir es uns gefallen, daß in der Heuschauer deutsche Steinmehnen hintangesetzt werden. Die Unternehmer würden schon aufpassen, wenn die Arbeiten zum Eisenbahndirektionsgebäude nach Oesterreich vergeben worden wären. Wir glauben, daß diese Zeiten genügen, daß unsern Kollegen von jetzt ab ihr Recht wird. Es ist einfach empörend, wenn künftig deutsche Steinmehnen ohne weiteres hintangesetzt werden.

Aus Berlin.

In zwei gut besuchten Versammlungen nahm die Berliner Kollegenchaft Stellung zur Einführung der örtlichen Arbeitslosenunterstützung. Die erste galt der Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung der Frage, ob sie überhaupt zur Einführung gelangen soll. Noch einmal plädeten die Gegenläufer aufeinander. Die einen erkannten zwar die Notwendigkeit der Einführung an, wollten jedoch von einer örtlichen Regelung nichts wissen. Die andern stellten sich gleichfalls auf den Standpunkt, daß die zentrale Lösung vorzuziehen sei. Da jedoch für diese Art der Durchführung die Voraussetzungen bisher nicht gegeben waren und allem Anschein nach beiläufig auch nicht zu erwarten sind, so mußte zur Selbsthilfe gegriffen werden, ohne die erforderlichen Opfer zu scheuen. Letztere Auffassung gewann die Oberhand. Fast zwei Drittel der abgegebenen Stimmen entschieden sich für die Einführung der örtlichen Arbeitslosenunterstützung. Damit war eine Frage gelöst, die die Gemüter wiederholt wochen- und monatelang in Aufregung hielt. Die zweite Versammlung befaßte sich mit der Festsetzung des Einführungstermins und der Statutenberatung. Unerwarteterweise mußte der Vorstand den Vorwurf über sich ergehen lassen, nicht rasch genug an die Durchführung des vorigen Versammlungsbeschlusses herangegangen zu sein. So wünschte ein Teil der Versammlung bereits am 1. April mit der Zahlung der Beiträge zu beginnen, während vom Vorstand und der Platzvertreterchaft der 1. Juni in Aussicht genommen war, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens sei es ratsam, den Verbandstag vorübergehen zu lassen, wenn auch keine Hoffnung auf Annahme unsres Hauptantrages vorhanden sei. Zweitens um den Resten der Zeit und Gelegenheit zu geben, ihre Rechte zu begreifen, bevor die Beitrags-erhöhung eintritt. Schließlich wurde der 1. Mai als Einführungstermin bestimmt. — Das Statut, welches zum Teil dem Krankenunterstützungsstatut entnommen ist, und die Kontrollbestimmungen wurden ohne wesentliche Debatte angenommen. Die zum Beschluß erhobene Vorlage lautet:

Arbeitslosenunterstützungs-Statut.

A. Leistungen der Mitglieder ab 1. Mai 1912.
Bei Stundenlöhnen bis 50 Pfg. 15 Pfg. Beitrag
von 60 „ bis 70 Pfg. 20 „
„ 80 „ und darüber 25 „

B. Leistungen des Verbandes.
Nach zehnjähriger voller Beitragsleistung am Orte, nach einwöchiger Arbeitslosigkeit bis zu 24 Tagen à 1.05 Mk. — 39.00 Mk.

Innerhalb eines Jahres wird die Unterstützung nur einmal gewährt. Das Unterstützungsjahr beginnt mit dem Erhebungstage der Unterstützung. Von diesem Tage wird stets 52 Wochen zurückgerechnet und wird Unterstützung nur dann ausbezahlt, wenn dieselbe noch nicht voll erhoben ist.

Ausgesteuerte Mitglieder haben erst nach zehnjähriger voller Beitragsleistung wieder Anspruch auf Unterstützung.

Arbeitslosen, die in verschiedenen Zeitperioden innerhalb eines Jahres arbeitslos werden, werden die Unterstützungswochen zusammengerechnet, bis die in Betracht kommende Höchstsumme erreicht ist. Die achtjährige Karenzzeit kommt im Unterstützungsjahr nur einmal zur Anrechnung.

Militärische Übungen werden der Arbeitslosigkeit gleich erachtet. Mitglieder, welche in mehreren Zeiträumen der hiesigen Zahlstelle angehört haben, werden nach der sich ergebenden Summe der am Orte geleisteten Beiträge unterstützt. Nach außerhalb wird keine Unterstützung gezahlt.

Rückständige Beiträge und sonstige Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle werden in Abzug gebracht. Wer länger wie acht Wochen im Rückstand ist, hat keinen Anspruch auf Unterstützung.

Ein laqbares Recht steht niemandem zu.

Ausführungsbestimmungen: Arbeitslose Mitglieder haben sich während der ersten beiden Tage ihrer Arbeitslosigkeit im Verbandsbureau zu melden. Dort wird ihnen eine Kontrollkarte ausgestellt. Alsdann haben sich die Arbeitslosen jeden zweiten Tag zur Kontrolle einzufinden, und zwar im Verbandsbureau vormittags von 9—10 Uhr, nachmittags von 4—5 Uhr oder in den Zahlstellen vormittags von 10—12 Uhr, nachmittags von 2—4 Uhr.

Zur Kontrolle ist stets Invalidentarte und Krankenkassenbescheinigung vorzulegen. Nicht abgestempelte Tage werden bei der Auszahlung nicht berücksichtigt. Die Auszahlung erfolgt zu den angegebenen Zeiten im Bureau.

Die erste Versammlung beschäftigte sich ferner mit Anträgen zur Gaukonferenz, die zweite mit denen zum Verbandstage. Da dieselben gesondert veröffentlicht werden, erübrigt es sich, hier darauf einzugehen. — Der Vorsitzende wies im Hinblick auf das nahe Osterfest auf den Dreihundertjährigen Geburtstag hin; ebenso auf die vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts getroffene Vereinbarung, wonach den am Bau beschäftigten Steinarbeitern zwei Stunden Lohn zuzustehen, wie den Werkplatt- bzw. Plazarbeitern. — Den ausgesperrten Porzellanarbeitern wurden 100 Mk. aus der Urliste bewilligt und außerdem zur Listensammlung für dieselben aufgefordert. Drei Kollegen (ausgesteuerten Kranken) wurde eine örtliche Koststandsunterstützung in Höhe von je 30 Mk. bewilligt und der Antrag zweier Kollegen auf Gemahregeltenunterstützung als berechtigt anerkannt.

Der naive Herr Schwender.

Im sächsischen Landtag wurde am 22. Februar d. J. eine umfangreiche Debatte über den Heimatschutz gepflogen. Dabei kamen einige Redner ebenfalls auf das Zurückgehen der Sandsteinindustrie zu sprechen. Im „Steinbildhauer“ rüffelt nun der Steinmeister Schwender aus Chemnitz den sozialdemokratischen Abgeordneten Lange aus Leipzig. Schwender schreibt: Leider darf man von den sächsischen Steinmehnen nicht erwarten, daß sie den Genossen Lange aus Leipzig für seine so überaus geistreiche und verständige Kritik ordentlich auf die Finger klopfen, trotzdem dieselben unter einer etwaigen Benachteiligung der Steinindustrie durch solche Auslassungen doch zuerst zu leiden haben.

Wir haben nun das amtliche Stenogramm kommen lassen, und da finden wir, daß sich Genosse Lange durchaus korrekt geäußert hat. Er sagte nämlich wörtlich:

Wenn der Herr Abg. Hofmann gesagt hat, der Heimatschutz wirke niederdrückend auf die Sandsteinindustrie, so ist das doch

nicht zutreffend. Es ist die Kunststein- und Zementindustrie, die der Sandsteinindustrie Konkurrenz macht. Da spielt der Heimatschutz keine Rolle dabei, das hat andre Gründe. Dann kommt hinzu, daß die Zunahme unserer Industrie mit der vielen Kohlenverfeuerung die Sandsteine nicht mehr so haltbar sein läßt. Sehen Sie z. B. die Peterskirche in Leipzig, die in den 80er Jahren erbaut worden ist! Da drohen die Galerien bereits herunterzufallen, die aus Sandstein gemacht sind.

Ich möchte hier gleich eine Bemerkung anknüpfen bezüglich der Zwingerrenovation. Ich glaube nicht zu irren, daß diese Arbeit in Cottauer Sandstein ausgeführt wird, der nach einigen Jahrzehnten wieder verwittert ist, wenn er nicht gestrichen wird. Das versteht ich nicht. So schön die Sache auch angefangen ist, dieses weiche Material sollte man nicht verwenden; wir haben bessere Steine, Postaer und die von der Herrenleithe in der sächsischen Schweiz.

Wir meinen, daß sich vom sachmännlichen Standpunkt aus gegen die Rede des Abg. Lange absolut nichts einwenden läßt. Er tritt vornehmlich für die Verwendung des härteren Sandsteins ein, von dem schreibt natürlich Herr Schwender kein Wort. Die sächsischen Steinmehnen wissen nur zu gut, daß früher die Elbsandsteinbruchbesitzer mitunter die schlechtesten Gesteinsarten verwendeten, und so zeigen sich an manchem Bauwerk ganz erhebliche Schäden. — Herr Schwender scheint den stenographischen Bericht nicht gekannt zu haben, als er seine „Abzanzlung“ vornahm. Zum Reichsgerichtsbau ist ja auch Material verwendet worden, welches heute teilweise schon stark verwittert ist, und wenn nun Genosse Lange, welcher überdies als hervorragender Kunstkenner bekannt ist, für die härteren Gesteinsarten eintritt, so findet das nicht einmal den Beifall der Unternehmer. Wo bleibt da die Wahrheitsliebe?

Gaukonferenz des 3. Gaues.

Am 17. März tagte im Volkshaus zu Dresden die Konferenz des 3. Gaues. Nach Begrüßung der Delegierten eröffnete Kollege Seidel um 11 Uhr die Konferenz. Anwesend sind 39 Delegierte, die 23 Zahlstellen vertreten. Ferner waren zwei Kollegen von der Gauleitung und Kollege Paul Starke vom Zentralvorstand vertreten. Ins Bureau wurden gewählt Seidel und Jahn als Vorsitzende, Beyer, Demitz und Mehrford-Löbau als Schriftführer. Folgende Tagesordnung lag vor: 1. Bericht des Gauleiters; 2. Lohnbewegungen und Streiks; 3. Organisation und Agitation; 4. Verschiedenes.

Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und wurde vom Kollegen Jahn ergänzt. Es war daraus zu entnehmen, daß sich die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter nicht gehoben habe, obgleich der Geschäftsgang in der Steinindustrie ein guter war. Die Mitgliederzahl weist eine starke Steigerung auf, das liegt in erster Linie daran, daß wir in der Lausitzer Granitindustrie große Fortschritte erzielt haben. Die Mitgliederzahl beträgt 5271. Wenn auch die Zahl als befriedigend bezeichnet werden kann, so gibt es doch noch im Gau eine Anzahl Kollegen, die noch zu gewinnen sind. Namentlich die Schotterarbeiter müssen wir für uns zu gewinnen suchen. Auch die Unternehmer in der Steinindustrie schließen sich immer mehr zusammen, wie erst vor kurzem die Vereinigung der Oberlausitzer Granitindustriellen zeigte. Aus der Tätigkeit des Gauleiters ist weiter noch zu entnehmen, daß sich 193 Touren zur Erledigung der Verbandsangelegenheiten notwendig machten. Außerdem fanden noch 60 öffentliche Versammlungen und 97 Besprechungen und Revisionen statt. Zahlstellen wurden 5 gegründet. In der Diskussion fand die Tätigkeit des Gauleiters im allgemeinen Zustimmung. Bemängelt wurde, daß die Abhaltung der Gaukonferenz nicht in der üblichen Weise erfolgt sei.

Zum Punkt: Lohnbewegungen und Streiks, referierte ebenfalls Kollege Jahn. Die Lohnbewegungen waren sehr zahlreich, jedoch konnten die bedeutendsten unter ihnen ohne Arbeits-einstellung erledigt werden. Von besonderem Interesse war der Abschluß des Sandstein-Normaltarifs. Auch die Lohnbewegung der Granitarbeiter in der Lausitz verdiente allgemeine Beachtung. Traten doch dieselben zum erstenmal in eine Lohnbewegung, die sich auf 21 Orte erstreckte und circa 2400 Mann betrafte. Unsere Tarifabschlüsse werden sich immer mehr auf größere Gebiete ausdehnen, dadurch werden auch die Bewegungen in andre Bahnen geleitet werden. Wenn auch die Entwicklung des Tarifwesens im 3. Gau im allgemeinen als gut zu bezeichnen sei, so sei jedoch die innere Festlegung derselben keineswegs zufriedenstellend, da die Steigerung der Lebensmittelpreise nicht mit den Löhnen Schritt gehalten habe. Im Gau sind 28 Tarife abgeschlossen. Um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, mußte in einigen Orten zum Kampfe gegriffen werden. Zu diesem Punkte legte eine lebhafte Debatte ein. Es wurde vielfach betont, das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Zahlstellen müsse in genügender Weise gewahrt werden. Auch seien durch den Abschluß des Normaltarifs einige Zahlstellen geschädigt worden. Kollege Starke ging in längeren Ausführungen auf die Lohnbewegungen und namentlich auf den Abschluß des Normaltarifs ein.

Ueber Organisation und Agitation berichtete wiederum Gauleiter Jahn in ausführlicher Weise. Die Organisation sei bei den Sandsteinarbeitern als eine gute allumfassende zu bezeichnen. Auch die Organisation unter den Hartsteinarbeitern greife immer weiter um sich, das zeigt und deutlich die Mitgliederzunahme durch die Tarifbewegung in der Oberlausitz. In den letzten zwei Jahren konnten rund 2000 Mitglieder gewonnen werden. Die Organisation der Hartsteinindustriellen habe hierzu sehr günstig gewirkt. Bei allen Bewegungen sei es zweckmäßig, wenn öfters Konferenzen abgehalten würden und die gefassten Beschlüsse als Richtschnur gelten müßten. Die Agitation werde nicht immer in richtige Bahnen geleitet, namentlich bei Lohnbewegungen müsse man etwas vorsichtiger sein. Redner verweist noch auf die Einführung der vierten Beitragsklasse. Diese habe einen größeren Eindruck nicht hervorgebracht.

Die Diskussion hierüber war recht ergiebig. Es wurde betont, daß die Einführung der vierten Beitragsklasse eine sehr wesentliche gewesen sei. Ohne diese Staffelung hätten wir diese Fortschritte nicht erreichen können. Die Kollegen von Dresden und Pirna wünschten, daß in Zukunft bei größeren Tarifverhandlungen die Kosten hierfür die Zentrale zu übernehmen hat. Diesem wurde allgemein zugestimmt.

Ferner lag folgender Antrag der Zahlstelle Dresden-Pirna an den Verbandstag vor: „Die Erwerbslosenunterstützung ist einzuführen und die Beitragsklassen um je 10 Pfg. zu erhöhen.“ Kollege Seidel begründete den Antrag. Die Debatte war eine rege. Der Zentralvorstandsvertreter führte u. a. an, daß sie eine Vorlage hierzu nicht mehr aufgestellt hätten. Die Delegierten aus den Granitbruchgebieten konnten ihre Zustimmung hierzu nicht geben, obgleich ja diese Unterstützungseinrichtung nicht von der Hand zu weisen sei. Eine Abstimmung hierüber erfolgte nicht.

Unter Punkt Verschiedenes wurde noch einiges durch gegenseitige Aussprache erledigt. Eine Anzahl Delegierte sprachen sich scharf über die Nichterhaltung der Bundesratsverordnung aus und forderten Abhilfe. Auch wurde von einigen Kollegen die Wahlkreis-einteilung bemängelt. Nach einem kurzen Schlußwort des Gauleiters wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen. Paul Beyer, Schriftführer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Als Kandidaten zur Delegiertenwahl für den Münchener Verbandstag sind weitere Meldungen eingegangen.

1. Wahlkreis: E. Fahrmarkt, A. Junz, K. Franke, sämtlich in Berlin.
2. Wahlkreis: Gau-Rostock.
3. Wahlkreis: J. Werner, S. Da Costa, beide in Streßlen.

9. Wahlkreis: Sentschel-Orlitz.
 11. Wahlkreis: Wimmer-Bischofsberga, Maulsch-Gunwalde, Rasch-Sauswalde.
 12. Wahlkreis: G. Mühlendorfer, J. Bauer, P. Beyer-Demitz, Schuster-Schmölln.
 14. Wahlkreis: Berger-Königsbrück.
 16. Wahlkreis: Nüßold-Zwidau.
 21. Wahlkreis: Schlegel-Beucha.
 22. Wahlkreis: Uebel-Grimma.
 23. Wahlkreis: Pöhlgel-Raumburg, Risse-Leipzig.
 24. Wahlkreis: Heide-Mühlhausen, Reisinger-Erfurt, Gebhardt-Rangena.
 27. Wahlkreis: Fricke-Königs-Lutter.
 28. Wahlkreis: Wendel-Bellerode.
 29. Wahlkreis: Neumann-Hamburg I, Melchior-Hamburg II, Leypold-Kiel.
 30. Wahlkreis: Volt-Hannover.
 31. Wahlkreis: Wegener-Silbesheim.
 33. Wahlkreis: Zebusch-Düffelberg.
 35. Wahlkreis: Braun und Fischer-Magen.
 36. Wahlkreis: Zielberg-Wehlar.
 37. Wahlkreis: Ewig-Weitenborn, Büfelschneider-Schiffel, Siegel-Reinheim.
 38. Wahlkreis: Weidenhammer-Hemsbach, Moosmüller-Seppenheim.
 39. Wahlkreis: Kalbfuß-Dürkheim, Raft-Raunheim.
 40. Wahlkreis: Müller-Alsenz.
 41. Wahlkreis: Göttinger-Strasburg.
 42. Wahlkreis: Gimpl-Kappelrodek.
 43. Wahlkreis: Degenhardt-Karlsruhe, Illg-Freiburg, Wolfstedter-Offenburg.
 45. Wahlkreis: Friedrich-Ulm.
 49. Wahlkreis: Link-München.
 50. Wahlkreis: Herold-Kirchlamitz.
 53. Wahlkreis: Koch-Schwarzenbach.
 55. Wahlkreis: Vogelmann-Rothenburg.
 56. Wahlkreis: Mühlratz-Randersacker, Rhein-Heidingsfeld.
 57. Wahlkreis: Grafer-Kleinrinderfeld.
 58. Wahlkreis: Seih-Miltenberg.
 60. Wahlkreis: Dießler-Zigellanger, Kaiser-Rüßberg.

Vorschläge der Kandidaten zum Verbandstag.
 Die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstage hat bis zum 4. April zu geschehen. Die Namen der Kandidaten sowie der Wahlkreis, für welchen sie in Vorschlag gebracht werden, sind bis zum 6. April an den Zentralvorstand einzusenden, damit sie in der Nummer vom 13. April endgültig veröffentlicht werden können.
 Die Hauptwahl findet vom 14. bis einschließlich dem 21. April statt. Als gültige Stimmen werden bei der Delegiertenwahl nur diejenigen betrachtet, welche auf die veröffentlichten Kandidaten abgegeben werden.
 Das Wahlreglement und die vollständige Vorschlagsliste erscheint in Nr. 15 des „Steinarbeiter“.

Korrespondenzen.

Bühlberg (Bayrischer Wald). Die am 24. März abgehaltene Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war, beschäftigte sich mit unserer gegenwärtigen Lohnbewegung. Die Kollegen Kiedl und Reibberger erstatteten ausführlichen Bericht von den Verhandlungen, welche vergangene Woche in Deggendorf stattgefunden haben. Es beharrte einer eingehenden Auseinandersetzung, um den Kollegen begreiflich zu machen, warum die Verhandlungen vertagt wurden und der alte Tarif bis zum 30. April verlängert werden mußte. Die Versammlung erklärte sich mit der Tätigkeit der Kommission vollständig einverstanden. Mit Entrüstung nahmen die Kollegen an, daß einige Unternehmer die Arbeiter einzeln als Käufer hinstellen wollen. Wer weiter unsere Verhältnisse kennt, wird zugestehen müssen, daß es bei uns, wo viele Kollegen ein kleines Anwesen besitzen, einfach nicht möglich ist, die Arbeitszeit immer pünktlich einzuhalten. Die Stimmung ist vorzüglich. Wir gehen uns der Hoffnung hin, daß die Unternehmer den Grundtag hochhalten: Leben und leben lassen.

Dresden. Am 15. März tagte im Volkshaus eine gut besuchte Steinereversammlung. Seidel berichtete über die Stundenlohnangelegenheit. Es setzte eine scharfe Debatte ein, bis schließlich folgender Antrag einstimmig angenommen wurde: „Die Steinere verweigern vom 20. März 1912 ab alle Arbeit, die nicht tariflich festgelegt ist.“ Es sind zwei Jahre Zeit zum Verhandeln gewesen, und noch ist kein Ende zu sehen. Mehrere Redner forderten auf, Schritte zu unternehmen, daß am Neubau der „Volkzeitung“ Sandstein Verwendung finden soll. Daß wir in nächster Nähe sehr guten und weiterbestehenden Stein haben, beweist der Stein vom Abbruch der alten Brücke, der 500 Jahre gehalten hat und wieder bei der neuen Brücke verwendet wurde. Schwer getadelt wurde die falsche Auffassung eines sozialdemokratischen Abgeordneten über die Sandsteinfrage. (Anmerkung: Auf die Rede des Abgeordneten Lange nehmen wir an anderer Stelle des Blattes Bezug. Nach dem Stenogramm können wir nicht finden, daß seine Ausführungen zur Kritik Veranlassung geben. Red.)

Heidingsfeld. Am 19. März tagte hier im Verbandslokal unsere Monatsversammlung. Nachdem in verschiedenen Zahlstellen bereits Delegierte aufgestellt worden sind, so fühlt sich die heutige Versammlung veranlaßt, auf die Beschlüsse der Bezirksversammlung aufmerksam zu machen. Laut Beschluß ist ein Hilfsarbeiter für diesen Bezirk (Witzburg, Heidingsfeld, Randesacker, Rottenbauer usw.) als Delegierter zu entsenden. Derselbe ist dortselbst schon in Vorschlag gebracht worden und ist in heutiger Versammlung Kollege Thein als Kandidat aufgestellt worden. Sodann wurde die Frage aufgeworfen, ob denn gar nichts zu machen wäre gegen die Behringshüterei der Großfirmen. In den einzelnen Betrieben stehen 30 bis 40 Behrlinge. Wir richten daher an die Gau- sowie Zentralleitung das Ersuchen, sich mit diesem Punkte zu befassen. U. a. kam auch der Artikel vom unterfränkischen und badiischen Muschelkalksteingebiet zur Sprache.

Schiff a. M. Die Marmorarbeiter sind am 9. März in eine Lohnbewegung getreten. Das wilde Affordsystem hat die Kollegen bewegt, unsere Arbeits- und Lohnverhältnisse zu regeln, wobei wir den Unternehmern einen sehrmäßigen Zeitlohn tarif zu spendeten. Zum Teil wird ja Stundenlohn bezahlt und der Höchstlohn beträgt 54 Pfg., nebenbei ist auch ein Prämienystem eingeführt. Es kommen hier nur zwei Firmen in Betracht (Mauer und Horn). Die Firma Mauer erklärte sich vor Ablauf der festgelegten Frist bereit, mit uns zu verhandeln, worauf die Kommission und Kollege Sarfert sofort mit der Firma in Verhandlung traten. Das Resultat, welches wir dabei erzielten, hat sämtliche Kollegen bei der Firma Mauer befriedigt. Es sind bessere Affordpreise geschaffen und ein Stundenlohn wird bis zu 65 Pfg. bezahlt, was als guter Fortschritt für unsere Zahlstelle anzusehen ist. Nach Abschluß des Tarifs bei der Firma Mauer wurde die Kommission bei der Firma Horn vorstellig. Zu einer Verhandlung kam es dabei nicht. Herr Horn empfing die Kollegen in seiner üblichen Redeweise: Lumpenpad, Tagebede, Faulenzler, macht daß ihr hinaus kommt. Herr Horn ließ sich auch dazu hinreißen, handgreiflich zu werden. Die beiden Söhne mußten ihren Vater festhalten, daß wenigstens keine Kauferei entstand. Das Benehmen von Herrn Horn ist ja allgemein bekannt, zudem zählt Herr Horn zu dem evangelischen Kirchenvorstand, da hätten die Kollegen doch einigermaßen Bildung erwartet; das ist aber die christliche Nächstenliebe. Die Lohnverhältnisse, welche bei Herrn Horn bestehen, stehen den andern Firmen weit zurück, er will aber mit seinem alten System weiter wirtschaften, deswegen zeigt sich Horn so roh unsern Vertretern gegenüber. Von den 15 dort beschäftigten Kollegen sind 13 organisiert, und es wird uns nicht schwer

fallen, nach einiger Zeit mit Herrn Horn zu verhandeln. Da aber alle Versuche im gütlichen Wege erfolglos waren, beschloßen die Kollegen einstimmig den Streik. Der Betrieb ist gesperrt und alle Kollegen können uns insofern unterstützen, wenn sie höchst a. M. überhaupt meiden.

Kamenz (Sachsen). Anfang März stellte sich ein Vertreter des Christlichen Keramverbandes ein. Er hielt am 11. März in Nebelschütz eine öffentliche Steinereversammlung ab mit der Tagesordnung: Die Notwendigkeit, Aufgaben und Erfolge der christlichen nationalen Steinereorganisation. Referent war Verbandssekretär Küper, Dortmund i. W. Es hatten sich aber wenig oder gar keine Steinerearbeiter, wie er gehofft hatte, an der Versammlung beteiligt. Es waren meistens Kamenzer Kollegen; dies mochte auch der Referent bemerkt haben und so meinte er, es sei wohl nicht nötig, das Referat abzuhalten. Um einigen Kollegen ihren Wunsch zu erfüllen, da doch auch Unorganisierte anwesend waren, legte er nun los. Redner führte aus, daß ein katholischer Arbeiter keinem sozialdemokratischen Verband angehören könne deshalb, weil die sozialdemokratischen Verbände Religion und Kirche vernichten wollen. Er behauptete weiter, daß der Zentralverband der Steinerearbeiter ins falsche Fahrwasser geraten sei. Redner sprach immer von friedlichem Zusammenarbeiten mit den Arbeitgebern. Aber ganz anders klang es, wie man ihm sagte, daß seine Ausführungen nur erdichtet waren. Redner war sehr schlecht über die freien Gewerkschaften orientiert und so wurde er von den Kamenzer Kollegen tüchtig zergaust. Küper hat gewiß gedacht, in den katholischen Dörfern ein Geschäft zu machen. Das Gegenteil war die Antwort, denn ein katholischer Arbeiter bekam das Wort und meinte, er habe die Ausführungen des Referenten gehört, er habe auch die Ausführungen seiner Arbeitsbrüder gehört, so viel könne er nur bestätigen, wenn er sich einem Verbandsangehörigen, so schließe er sich dem Zentralverband der Steinerearbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig) an. Wir wünschen nur Herrn Küper, wenn er wirklich etwas schaffen will, unsere Bitte zu erfüllen und in Kamenz ein öffentliche Versammlung abzuhalten; aber rechtzeitig anmelden und nicht erst eine Stunde zuvor.

Der Referent verfügt nicht im geringsten über wirtschaftliche Kenntnisse, die feinindustriellen Verhältnisse sind ihm völlig fremd. Rednerisch ist er eine unbedeutende Kraft, so daß wir uns wundern müssen, wie man solche Leute als Agitatoren hinaussenden kann. Herr Küper ist sicherlich arg enttäuscht aus der Laufst. geschieden.

Kappelrodek. Am 17. März hielten wir in Baldun, Gasthaus zur Linde, eine Versammlung ab. Ein italienisches Referat wurde gehalten. Aber diejenigen, für die es bestimmt war, zogen es vor, nicht zu erscheinen, obwohl gerade sie es sind, die nach Willkür entlohnt werden und somit den hier bestehenden Tarif illusorisch machen. Sie beklagen sich zwar über die geringe Bezahlung, aber den Weg zur Organisation finden sie nicht. Im zweiten Punkt wurde Stellung genommen zum Verbandstag und zur Aufstellung eines Delegierten, wozu Jakob Gimpl bestimmt wurde. Im Punkt Tarifangelegenheiten wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß der Tarif von keiner Seite gekündigt wurde und somit noch ein Jahr weiter besteht. Mit der Ermahnung, alles daran zu setzen, damit der bestehende Tarif besser eingehalten werden möchte, wurde die Versammlung geschlossen.

Kesselbach. Am 17. März tagte hier eine Mitgliederversammlung. Freulich war der gute Besuch derselben, denn jetzt kann man merken, wie hoch die Organisation und ihr Zweck geschätzt wird. Sämtliche Kollegen zeigten eine enorme Begeisterung zum Vorhaben des gerechten Werkes, denn jeder sagt sich: Das Aufheben der Uebelstände, die uns hier in unsern Berufe seit Menschenalter gedrückt haben, kann nur durch Einigkeit der Kollegen und durch die Organisation erreicht werden. Denn fort mit dem unterdrückenden Joch, fort mit den erbärmlichen Löhnen. Da wir kurz vor einer Lohnbewegung stehen, war als 1. Punkt: Weitere Beschlußfassung zur Tarifangelegenheit, wobei Gauleiter A. Herrmann einen sehr lehrreichen Vortrag über Bedeutung und Zweck des Tarifs hielt und bis zum nächsten Punkt alles deutlich zergliederte. Beim 2. Punkt: Diskussion, entspann sich eine rege Auseinandersetzung betreffs des Werkzeuges. Hieran schloß sich eine Festsetzung der Stundenlöhne in drei Klassen. Zu Punkt 3: Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz in Köln, wurde Kollege Georg Kraft gewählt. Zum Schluß erinnerte der Vorsitzende an das weitere Zusammenhalten der Kollegen mit den Worten: Alle für einen und einer für alle!

Königsbrück. Sonntag, den 17. März, tagte hier eine Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war. Um unsere Ortskasse finanziell besser zu stellen, wurde ein Antrag gestellt, die Beiträge auf 55 Pfg. zu erhöhen. Eine Urabstimmung, welche darüber stattfand, ergab die Annahme dieses Antrages. Die Erhöhung tritt am 1. April in Kraft. Diejenigen Kollegen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, haben dieselben bis dahin zu begleichen. Weiter ist zu berichten, daß hier eine Gewerkschaftsberiberge errichtet wurde, dieselbe befindet sich in Graß Gashof. Durchreisende Kollegen erhalten Schlafmarken im Werte von 60 Pfg., dieselben werden vom Genossen Friedmeier im Konsumverein ausgegeben. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Berge bestimmt. Eine rege Debatte entspann sich betreffs Beitritt zur Betriebskrankenkasse der Gebrüder Jänichen in Gräfenhain. Bei genannter Firma besteht seit längerem eine Betriebskrankenkasse. Die Firma Jänichen ist nun eifrig bestrebt, die Arbeiter der übrigen Steinbrüche für ihre Kasse zu gewinnen. Bei einer Besprechung, zu welcher von jedem Betriebe ein Vertreter anwesend war, stimmten sämtliche Arbeiter dagegen. Das Resultat war, daß die Unternehmer überstimmt wurden. Herr Jänichen ließ sich dadurch von seinem Entschluß nicht abbringen und suchte nun mit etwas Freibier nachzuhelfen, und siehe, der Erfolg blieb nicht aus. Es ist selbstverständlich, daß sich die Kollegen in den betreffenden Betrieben nicht zufrieden geben und weitere Schritte in der Sache unternehmen.

Leipzig. In einer am 20. März abgehaltenen Mitgliederversammlung berichtete Kollege Würner über die am 10. März stattgefundene Konferenz des 4. Gau. Zu dem am 12. Mai in München stattfindenden Verbandstage wurden vier Anträge eingebracht und angenommen, von denen sich zwei auf die Aufstellung der Zentralvorstandsmitglieder, einer auf die Neuordnung der Streikunterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft und einer auf die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband beziehen. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Risse vorgeschlagen. Unter Gewerkschaftlichem verlas der Vorsitzende ein Antwortschreiben der Innung, in dem zum Ausdruck kommt, daß auf Stundenlohn kein weiterer Zuschlag gegeben werden könne. Die Kollegen gaben dem Vertrauensmann den Auftrag, nochmals bei der Innung eine Sitzung zu beantragen wegen der Regelung der örtlichen Verhältnisse. Große Zustimmung erregte die Verweigerung der 60 Prozent auf Postler Stein. Die Innung ist der Meinung, daß für Leipzig nur 55 Prozent in Betracht kommen. In den nächsten Tagen will sie aber dem Vorsitzenden endgültigen Bescheid zukommen lassen. — Die Beteiligung beim Begräbnis verstorbener Kollegen soll wie bisher beibehalten werden, und zwar sind der vierte Teil sämtlicher Kollegen und alle Kollegen von der letzten Arbeitsstelle verpflichtet, teilzunehmen.

München. In der am Sonntag, den 14. März, stattgefundenen Monatsversammlung beschäftigte man sich in eingehender und sachlicher Weise mit dem Punkt: Anträge zum Verbandstag. In der Hauptsache lagen drei Anträge der Versammlung vor, die auch einstimmig Annahme fanden. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Vint aufgestellt. Zum 2. Punkt: Gaukonferenz in Regensburg, lag ein Beschluß des Ausschusses vor, dieselbe nicht zu besuchen. Die Versammlung war aber anderer Ansicht und beschloß, zwei Delegierte zu entsenden, und zwar Straubinger und Erlacher. Dieselben versprachen, die Delegierten auf der Gaukonferenz von der Notwendigkeit über den Ausbau des Unterstützungswezens zu überzeugen. Zum 3. Punkt: Verbandsangelegenheiten, wurden einige Gesuche des Gewerkschaftsvereins geregelt. Als Bauarbeiterdelegierter wurde Kollege Joseph Berger gewählt.

Raumburg a. S. Am 16. März fand unsere Monatsversammlung mit anschließender Verbandstagesfeier statt. Kollege Pöhlgel gibt den Bericht über die Gaukonferenz und hebt besonders hervor, daß auf dieser Konferenz in überwiegender Zahl Hartsteinarbeiter vertreten waren. Zum Punkt: Anträge zum Verbandstage, wird von der Versammlung beschlossen, einen Antrag dahingehend zu stellen, daß die Karenzzeit der Krankenunterstützung in Wegfall kommt. Im weiteren wird beschlossen, den Kollegen Pöhlgel als Delegierten zum Verbandstag aufzustellen, und sollen zu diesem Zwecke die Zahlstellen dahingehend informiert werden. Hieran hielt Kollege Pöhlgel eine markante Rede über das 20jährige Bestehen unserer Zahlstelle. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Die Kollegen sind hier dem Verbandsleiter treu geblieben. Dem Verbandsleiter gehören: Otto Klabe 21 Jahre, Franz Albrecht 18 Jahre, Kurt Tröbke 17 Jahre, Albert Strobel 16 J., Karl Pöhlgel 16 Jahre, Paul Lange und Otto Reißwed 9 Jahre. Mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Reuslag. Am 23. März hielten die Steinerearbeiter von Reuslag und Kappelrodek eine Mitgliederversammlung ab betreffs Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung. Es wurde das ablehnende Verhalten der Firma Theile sehr bedauert gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiter. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß man nach den jetzigen Verhältnissen den Tarif auf der alten Basis stehen zu lassen, nicht nachkommen kann. Es sind auch schon Unterhandlungen mit Herrn Theile gewesen, welche für uns ganz resultatlos verlaufen sind. Mit dem Wunsche, daß sich die Firma doch noch bereit findet, den Wünschen ihrer Arbeiter einigermaßen nachzukommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Ruders. Am 12. März tagte im Hotel Germania eine Steinerearbeiterversammlung, die gut besucht war. Zum 1. Punkt wurde der Bericht von der Gaukonferenz erstattet. Darauf wurde des längerer über die Zustände auf Werkplaz Zeidler gesprochen, wo plötzlich eine Massenentlassung vorgenommen wurde. Beim 3. Punkt: Anträge zum Verbandstag, entspann sich eine lebhaft Debatte, in welcher die Kollegen das Verhalten des Zentralvorstands bei der Aussperrung 1910 und bei der Lohnbewegung 1911 einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurden verschiedene Anträge zum Verbandstag eingebracht betreffs Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband, Gewerkslosenunterstützung und Reiseunterstützung. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Rothe vorgeschlagen.

Rüthen. Die Firma Reuter hat viel Arbeit, doch ist der Verdienst gering, auch läßt die Innehaltung der Bundesratsverordnung sehr viel zu wünschen übrig. Kamen da in der vorigen Woche zwei fremde Kollegen hier an (wie man hört, hat die Firma das Reisegeld bezahlt), sie erkundigten sich nach den hiesigen Verhältnissen und dem Verdienst und reisten ab. Zwei verheiratete Kollegen sollen schuld daran gewesen sein; es wurde ihnen gekündigt und mit dem Staatsanwalt gedroht wegen Geschäftserschädigung. Im Uebereinstimmung ließ Herr Reuter überhaupt nicht mit sich reden und verbot jedes Abhalten von Bubenrecht. Am Freitag wurde auch unser Vorsitzender gekündigt, und wenn noch Kollegen zureisen, dann fliegen auch die übrigen verheirateten, erst seit kurzem organisierten Kollegen hinaus.

Zeil. Am 17. März fand im Saale des Herrn Rechner eine gutbesuchte Bezirksversammlung statt. Zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Schuhmann, Distler und Rehan vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Zum Verbandstag wurde Kollege Distler vorgeschlagen und der Antrag mit großer Majorität angenommen. Die Wahl desselben soll in drei abzuhaltenden Versammlungen, in Zeil, Ebelbach und Kirchaid, vorgenommen werden. Die Anträge zum Verbandstag wurden nach längerer Debatte angenommen, und zwar der Antrag des Kollegen Rehan auf Einführung der Gewerkslosenunterstützung, Erhöhung des Reisegeldes auf 1 Mk. pro Tag und das Sterbegeld von 30 auf 50 Mk. zu erhöhen mit entsprechender Beitragserhöhung. Beim Punkt: Verschiedenes wurde der Antrag mit dem unbedingten Akten von Gewerkslosenmarken (scharf geklagt). Es wurde der Antrag gestellt, daß die Kaffee in diesem Falle gemäß nach dem Statut verfahren sollen. Dem seit längerer Zeit berufs-kranken Kollegen Burger wurden 15 Mk. aus der Ortskasse zugesprochen. Die Versammlung kritisierte auch die auf den Plätzen Better und Arnold bestehende 14 tägige Lohnzahlung.

Steinausreibungen.

- Nächstehende Ausreibungen sind uns bekannt geworden:
 Kgl. Straßen- und Wasserbauamt II M e i ß e n. 3199 Quadratmeter Kleinpflastersteine und 263 laufende Meter Randsteine nach Nossen und Gräba.
 Kgl. Wasserbauamt N o r d e n. Los 3. 1450 Kubikmeter Basaltkanten, 40 Zentimeter Länge.
 Kirchenvorstand der kath. Pfarrgemeinde von St. Stephan in K r e s e l d. Steinhauerarbeiten zum Neubau der St. Elisabethkirche in Kresfeld.
 Stadtbauamt in R o s t o c k. Lieferung der Granitsockeln und Stufen zum Neubau: Los 1: des Realgymnasiums, Los 2: der Rabuzenhesschule.
 Kgl. Eisenbahndirektion in K ö l n. Basaltsteine (25 Kubikmeter Basaltlava, 100 Kubikmeter Sandstein, 32 Kubikmeter Muschelkalkstein) für die Unterführung der Urbanstraße in Köln-Deutz.
 Der Oberbürgermeister in E l b e r f e l d. Lieferung der Nichtschadstoffsteine, Treppentufen, Schwellen aus Hartbasaltlava für den Erweiterungsbau der Krankenanstalten.
 Oberbürgermeister in S a a r b r ü c k e n. Bordsteine aus Granit und Basaltlava.
 Gemeindehochbauamt in D o r b e d. Steinerearbeiten zum Neubau des Enzeums (höhere Mädchenschule).
 Magistrat in D e r u r s e l. Lieferung für Herstellung der Frankfurter Landstraße vom Bahnhöfengang bis zum Friedhof in Oberursel: 1886 Quadratmeter Segesteine für Fahrbahn-Kleinpflaster, 380 laufende Meter Basalt-Bandsteine.
 Städt. Tiefbauamt in G l e i w i t z. Für Straßenneupflasterungen 1912: Los 1: Zirkel 920 Quadratmeter Granitreihenpflaster auf Granitpacklage, zirkel 126 laufende Meter Bordsteine, zirkel 290 Quadratmeter Basaltmosaikpflaster. Los 2: Zirkel 14 500 Quadratmeter Granitreihenpflaster auf Granitpacklage, zirkel 2171 laufende Meter Bordsteine, zirkel 3380 Quadratmeter Basaltmosaikpflaster.
 Kgl. Eisenbahnbetriebsamt III in S a g e n. Lieferung der Bordsteine für die neuen Straßen am Bahnhof Unna (1500 laufende Meter aus Granit oder Kunstgranit).
 Bürgermeisterrat in M e y. 1300 Quadratmeter Grobpfastersteine aus Granit.
 Kgl. Eisenbahndirektion in E l b e r f e l d. Ausführung und Lieferung der Basaltsteinearbeiten zum Umbau des Empfangsgebäudes Elberfeld-Steinbeck.
 Der kgl. Regierungsbaumeister in S a a r b r ü c k e n. Steinerearbeiten für die Gerichtsneubauten Saarbrücken: Los 2: 262 Kubikmeter dunkelgrauer Sandstein für Verblendung der Straßenfronten. Los 3: 138 Kubikmeter gelblicher Sandstein, wie vor, Los 4: 151 Kubikmeter grauer oder gelblicher Sandstein für die Hofanfänger. Für die Sandsteinlieferung kommt nur hartes Material in Betracht, für welches Metallabdeckungen nicht erforderlich werden.
 St. Bürgermeisterei in M a i n z. Lieferung von 4 Losen Granitkanten und Schwellen usw. (zusammen zirkel 184 Kubikmeter) zum Neubau eines allgemeinen Krankenhauses.
 Stadtbauamt in G e e s t e m ü n d e. Lieferung von 1150 Quadratmetern Granitpflastersteinen 2. Sorte und 430 laufenden Metern Granitbordsteinen in 2 Losen.
 Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in E r f u r t. 2430 Quadratmeter Kleinpflastersteine aus Basalt zur Pflasterung der Ladestraßen auf den Bahnhöfen Gräfenonna und Schwerstadt.
 Eisenbahnbauabteilung in F r a n k f u r t a. D. 22 000 Quadratmeter Granitpflastersteine 4. Klasse und 17 000 Quadratmeter Pflastersteine 5. Klasse zum Bahnhofsumbau Frankfurt a. D. im ganzen oder geteilt (mindestens aber 5000 Quadratmeter).

Großherzogt. Hess. Eisenbahn-Bauabteilung I in Friedberg. Lieferung von 93 Kubikmetern Werkstein aus Hartgestein für den Personen- und Gepäckkunnel auf Bahnhof Friedberg.

Große Steinausreibungen werden in der nächsten Zeit aus Schlesien gemeldet werden können. Der Provinziallandtag hat mehrere Millionen Mark für Straßen- und Wasserbauten bewilligt.

Rundschau.

Die unsre Deutschschrift wirkt. In einer größeren Stadt Mitteldeutschlands wird in den nächsten Tagen eine bedeutende Pflasterarbeitenlieferung vergeben. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter hat sich von unsrer Verbandsleitung die Deutschschrift erbeten: Warum schließen die Hartsteinindustriellen keine Tarifverträge ab? Der Genosse teilte uns mit, daß er in der Kommission und im Pleumun dafür eintreten wird, daß nur deutsches Material Verwendung findet und daß weiter der Lieferant, welcher den Zuschlag erhalten soll, mit seinen Arbeitern die Lohnverhältnisse tariflich geregelt haben muß. Dem Stadtverordneten wurde mitgeteilt, daß die Bruchbesitzer in Gommern, im Besterwald, im Aggertal, in Alsleben, in Wörzgen und Umgebung bisher scharfe Gegner von Tarifverträgen waren. Wir werden alles tun, um die Herren Unternehmer nach und nach zu zwingen, daß sie etwas tariffreundlicher werden.

Internationales Steinarbeitersekretariat. Für die Aussprung in St. Margrethen (Schweiz) sind bis jetzt folgende Beiträge eingegangen: Italien 100 Fr., Frankreich 100 Fr., Deutschland 368.63 Fr., Schweiz 137 Fr., Finnland 98.13 Fr. Deutschland hatte schon im vierten Quartal 1911 dem Steinarbeiterverband der Schweiz 614.24 Fr. zur Verfügung gestellt.

Von der Kaufinger Steinmehlschule. Aus Demitz wird uns geschrieben: Am Mittwoch, den 13. März, fanden an der hiesigen Fachschule für Steinmehllehrer die Prüfungen statt. 16 Schüler wurden entlassen, wovon einige für Fleiß und gute Leistungen Minderprämien erhielten. Die von den Schülern gefertigten Zeichnungen, Modelle usw. waren Sonnabend, Sonntag und Montag, den 23. bis 25. März, in den oberen Räumen der hiesigen Schule von früh 9 bis abends 7 Uhr ausgestellt. Die Arbeiten waren sehr exakt ausgeführt und man sah es jedem Blatte an, daß es der Techniker Herr Baumann verfaßt, mit seinem Unterricht direkt an die Praxis anzuknüpfen. Die Modelle zeigen, daß die Schüler daran mit großem Fleiß gearbeitet haben. Unter den Steinarbeitern wird leider der große Wert dieser Schule noch nicht recht gewürdigt, denn sonst müßte der Besuch ein noch stärkerer sein. Wir erlauben dringendst, daß sich die jüngeren Leute mehr wie bisher als Schüler einschreiben lassen. — Nach Ostern wird der freiwillige Weiterbildungskursus für Erwachsene fortgesetzt. Der Unterricht wird in den Sonntagsvormittagsstunden unentgeltlich erteilt. Auch hier ist es für die jüngeren Kollegen von größter Wichtigkeit, sich an dem Kursus zu beteiligen.

Zum christlichen Berrat. Ueber die Rolle, die der christliche Gewerksverein in dem abgebrochenen Bergarbeiterkampfe spielte, läßt sich selbst ein bürgerliches Organ (Berliner Tageblatt) wie folgt aus:

Was in diesem Ausstände bisher an Terrorismus geleistet worden ist, kommt überwiegend auf das Konto der im Banne der Zentrumspolitik stehenden „Arbeitswilligen“, die den Streik zu einem erfolgreichen Ende nicht kommen lassen wollten. Hat sich die Regierung den Wünschen des Zentrums, dem der Streik zu unangenehm quer kam, doch derart willfährig gezeigt, daß man sich nicht wundern darf, wenn die „Arbeitswilligen“ demnächst in sicherer Bedeckung von je zwei Gendarmen in die Grube fahren. Auch darüber wird man sich nicht wundern, wenn Scharfmacher und Desperados sich mit der Hoffnung tragen, das Zentrum, das seine soziale und demokratische Vergangenheit so erfolgreich verleugnet hat, werde bei einem neuen Sozialistengesetz seine Hilfe nicht verweigern. Das regierungsfähig gewordene Zentrum, es mag wollen oder nicht — wird schon seinen Teil der verhängnisvollen Rolle übernehmen müssen, die die Nationalliberalen als governementale Mittelpartei in den zwei Jahrzehnten von 1878 bis 1898 gespielt haben. Wie die Interessen von Arbeitern bei solch einer Partei aufgehoben sind, das werden die christlichen Gewerksvereine schon noch erfahren!

Der diesjährige Frauentag. Wie im Vorjahre, so soll auch diesmal wieder an einem Sonntage in Deutschland und auch in einigen anderen Ländern in Versammlungen die Forderung auf Gewährung des Frauenwahlrechts erneut erhoben werden. Als Tag für diese Demonstration ist der 12. Mai festgesetzt worden. Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaftsmitglieder auch in diesem Jahre rechtzeitig durch geeignete Propaganda mit dazu beitragen, einen Massenbesuch der Versammlungen, namentlich durch Frauen und Mädchen, zustande zu bringen. Nur dadurch kann die Forderung wirksam unterstützt und ihr ein entsprechender Nachdruck verliehen werden.

Die verschiedensten Vorkommnisse des täglichen Lebens zeigen uns immer wieder, wofür großes Interesse gerade die erwerbstätigen weiblichen Personen, wie überhaupt die Angehörigen der Arbeiterklasse, an der besseren Gestaltung des Wahlrechts im allgemeinen und an der Gewährung des Frauenwahlrechts haben. Sind doch auch die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten durch die staatsrechtlich minderwertige Stellung der Frau im öffentlichen Leben von der Wahrnehmung ihrer Interessen in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausgeschlossen. Keine Arbeiterin oder Arbeiterfrau darf deshalb am 12. Mai den Versammlungen fernbleiben. Handelt es sich doch darum, durch energischen Protest gegen die geltenden Gesetzesvorschriften deren Beseitigung und dadurch Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse anzustreben.

Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter war im Januar nach der vom Bauarbeiterverband vorgenommenen zweiten Zählung ganz erheblich größer als nach der ersten Zählung im Dezember 1911, was besonders auf die große Kälte im Januar zurückzuführen ist. An der Zählung beteiligten sich diesmal 969 Zweigvereine mit 283 000 Mitgliedern, von denen 254 499 befragt wurden. Von ihnen fanden nur 129 796 in Arbeit; 124 702 also nahezu die Hälfte, waren arbeitslos. Die Ursache der Arbeitslosigkeit war bei 80 897 der Befragten direkter Arbeitsmangel, 51 170 konnten der schlechten Witterung wegen und 12 635 wegen Krankheit nicht arbeiten. In Prozenten ausgedrückt war das Verhältnis folgendes: Insgesamt fanden in Arbeit 51 Prozent, arbeitslos waren 49 Prozent, und zwar 23,9 Prozent wegen Arbeitsmangels, 20,1 Prozent infolge ungünstiger Witterung und 5 Prozent wegen Krankheit. Von den einzelnen Berufen hatten die Maurer am stärksten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Von ihnen waren 51,9 Prozent arbeitslos, während bei den Bauhilfsarbeitern und Erdbauarbeitern nur 44,2 Prozent und bei den Isolierern sogar nur 18,7 Prozent arbeitslos waren. Der Grund für diesen Unterschied ist darin zu suchen, daß ein Teil der Bauhilfsarbeiter und der Erdbauarbeiter bei Frost noch arbeiten kann, wenn für den Maurer die Arbeit im Freien völlig unmöglich ist. Die niedrige Zahl bei den Isolierern erklärt sich aus der Tatsache, daß die Arbeit der Isolierer zumeist im Innern der bereits fertigen Gebäude ausgeführt wird. — Auch nach Landesteilen geordnet war die Arbeitslosigkeit sehr verschieden. Am größten war der Prozentsatz der Arbeitslosen wieder im agrarischen Norden und Nordosten. Hier wurden in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg 79,1 Prozent, in Pommern 76,8 Proz., in Ost- und Westpreußen mit Posen 75,9 Proz. und in Schlesien 64 Proz. Arbeitslose gezählt. Am niedrigsten war der Prozentsatz wieder in den industriellen Gebieten, so in der Rheinprovinz 17,8 Proz., in Westfalen 29,6 Proz. usw. Zu den Arbeitslosen sind auch 3345 Mitglieder gezählt worden, die vorübergehend Arbeit in einem fremden Beruf gefunden hatten. Da die Witterung am Zähltag ungefähr der vier Wochen lang (vom 7. Januar bis 6. Februar) herrschenden entsprach, so läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß man durch die am 27. Januar vorgenommene Stichprobe ein ziem-

lich einwandfreies Bild von der den ganzen Januar hindurch herrschenden Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter bekommen hat.

Die Gelben wollen die Schwarzen haben! Erst vor wenigen Tagen hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung festgestellt, daß sich die schwarzen Gewerkschaften durch ihre Haltung beim Bergarbeiterstreik ein für allemal fest geblockt haben. Jetzt kommt der gelbe „Bund“ — in der Nummer vom 24. März — und reklamiert durchaus folgerichtig die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften für den gelben Gedanken und die gelben Vereine. Bekanntlich hatte vor einigen Tagen der Zentrumsmann Schiffer, Ausschuhvorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, im Reichstage die Gelben Schwarzer, Speichellecker und Feiglinge genannt. Durchaus folgerichtig kommen jetzt die Gelben mit einer Protokollaktion größten Stils und fragen verwundert an: wie kann man sich selbst so beschimpfen? Wir Gelben haben doch nie etwas andres getan, und wollen nie etwas andres tun als das, was der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter jetzt im Ruhrgebiet getan hat! Es heißt da recht treffend:

Und als Feiglinge bezeichnen Sie die Gelben? Ist es nicht ein Zeichen von außerordentlicher Charakterstärke und Mut, seine Pflicht als Arbeitswilliger in vom Streik betroffenen Betrieben weiter zu tun? Meinen Sie — Schiffer — denn, daß Anspruch auf Tapferkeit nur die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften haben, die sich jetzt dem Bergarbeiterstreik ehrenvollerweise nicht angeschlossen haben?

Gegen solch feststehende Tatsachen kommt auch das christliche Zentralblatt nicht an, wenn es schon schreibt:

Nein, die gelben Arbeitervereine sind von kapitalistischen Interessenten aus sehr materiellen Beweggründen ins Leben gerufen worden, um nämlich dem Unternehmertum als Sturmbock gegen die selbständige Gewerkschaftsbewegung zu dienen, sei es auf rein gewerkschaftlichem, sei es auf politischem Gebiet.

Nur ein Unterschied besteht zwischen den gelben und den schwarzen Gewerksvereinen. Die ersteren sind von den Unternehmern für ihre Interessen ins Leben gerufen worden, die letzteren machen selbständig und freiwillig eine Zentrumspolitik mit, die nur dem Unternehmer nützt. Also im Effekt ist Gelb und Schwarz durchaus gleichartig.

Geniert euch nicht, ihr lieben Brüder, Gelb und Schwarz, fallt euch in die Arme, ihr gehört ja doch zusammen!

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. März 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Amberg, B. 2.40. Greifswald, 5.—. Danzig, B. 7.90. Alsleben, B. 56.10, K. 0.40. Varnburg, B. 181.90, E. 15.50, K. 31.20. Dürheim, B. 264.60, E. 5.—, K. 51.—. Kaiserlautern, B. 111.90, K. 21.—. Rayen, B. 170.—. Weßelburg, B. 84.—, K. 15.—. Bitten, B. 90.—. Zinshain, B. 112.—, E. 10.50, K. 5.—. Gasserode, B. 165.—. Hamburg II, B. 900.—. Breitenborn, B. 188.—. Alsleben, B. 283.90. Bittenberg, B. 900. Rotenburg, B. 5.—. Orttrand, B. 3.—. Driburg, B. 3.—. Klingemünster, B. 1.50. Ziegenhain, B. 2.10. Rißfringen, B. 11.50. Rendsburg, B. 4.10. Letmathe, 1.05. Ramenz, B. 168.—. Rößelun, B. 153.—, K. 5.60. Langenalthem und Langensfeld, B. 29.31, E. 1.—, K. 4.80. Landsberg, B. 8.10, E. 9.—. Miltenberg, B. 10.50, K. 19.—. Neubau, B. 77.30, E. 1.50, K. 5.—, M. 6.20. Rößelun, B. 55.62, K. 10.—. Ziegelanger, B. 42.—, K. 50.—. Selb, B. 457.79, M. 1.—. Offenbach, B. 160.25, E. 5.—, K. 20.—. Raumburg, B. 102.—, K. 6.75. Friedenhausen, B. 168.—, E. 3.—, K. 10.—. Randersacker, B. 100.—. Bünselburg, B. 29.40, K. 0.60. Peine, B. 4.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Degehn. Die Namen der Arbeitswilligen am Orte sind Peter Engländer, Heinrich Dimm, Joseph Bauer, Ernst Collessi. — Wir erjuchen, daß nach hier Zugang ferngehalten wird.

Die Ortsverwaltung.

Freiburg i. B. Dem Steinhauer Anton Mayer, geb. am 16. Juli 1873 zu Fischbach, ist keine neue Interimskarte auszustellen, da er die bisherige in größter Unordnung zurückgelassen hat. — Weiter erjuche ich die Vertrauensleute, mir die Adresse des Kollegen Leonhard Senfleben, geb. am 5. April 1885, aufzulegen, umkommen zu lassen. August Jllg, Kassierer.

Haverstädt. Die Interimskarte des Kollegen Kümelsmeyer, geb. am 6. Juni 1871, wurde gestohlen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Leipzig. Das Buch Nr. 17128 des Kollegen Nikolaus Meurer, geb. am 19. Oktober 1880 in Niedermendig, ist in Hannover verloren gegangen. Bei Ermittlung ist dasselbe hierher zu senden.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, (Volkshaus).

Leipzig. Dem Steinhauer Hugo Rehnert, Verbandsnummer 10257 ist keine neue Reisefarte auszustellen. Ebenfalls hat er sein Buch hier liegen gelassen. Otto Poße, Sophienstr. 53.

Naumburg. Die Reiseunterstützung wird jetzt auf Platz Horn & Arnshwih, Lange Gasse, ausbezahlt.

Mainz. Die Zureisenden mögen sich, ehe sie um Arbeit nachfragen, auf dem Werkplatz des kurfürstlichen Schlosses melden.

Mittelsteine. Vom Steinhauer Joseph Petracek nehmen wir Beiträge nicht mehr an. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Veränderungen.

Augsburg. Kass.: Franz Ludwig, Augsburg-Oberhausen, Hauserstr. 1, II. — Reiseunterstützung wird ausbezahlt im Gewerkschaftshaus, Frauentorstraße F 313.

Auntkirchen. Kass.: Jos. Schlager in Reith, Post Auntkirchen.

All-Warthau. Vorl.: M. Zinke.

Amorbach. Vorl.: Richard Wolf. Kass.: Theodor Stier.

Dortmund. Vorl.: Fr. Brakmeyer, Neuer Graben 51, IV.

Ehrenfriedersdorf im Erzgeb. Vorl.: Oswald Heßmann

Wettinstr. 44. Kass.: Julius Fiedler, Kaiser-Wilhelm-Str. 9, pt.

Froburg. Vorl. u. Kass.: Hermann Ullrich, Schloßergasse 298.

Geisenkirchen. Vorl.: Fritz Zinke, Elisabethstr. 9a.

Goldberg (Schlesien). Vorl.: Hermann Schnabel. Kass.: Franz Seidel, Ziegelstr. 212.

Groß-Dittersleben. Vorl.: Friedrich Ilsebusch in Magdeburg-Wilhelmstadt, Pöhlitzstr. 5, I. bei Herrn Dirschfeld.

Hartmannsdorf. Vorl. u. Kass.: Emil Müller, Obere Hauptstraße 81.

Silbesheim. Verlege vom 28. März ab meine Wohnung von Stenwalderstr. 45 nach Sacksenring 61.

Königs-Lutter. Vorl.: S. Friede, Stiftstraße 10. Kass.: R. Brehl, Stobenberg Nr. 1.

Mürnberg. Kass.: Kasp. Scheuring, Böllernstr. 50, IV.

Offenburg i. B. Kass.: Eugen Müller, Tannweg 18.

Osabrüd. Vorl.: Th. Süde, Jakobstr. 6.

Briefkasten.

Rimto. Die Sache ist zu unweisklich. Vor allem kann man verlangen, daß wahrheitsgemäß berichtet wird. — Th. A. in C. Wir halten an unserem Beschluß fest. Besten Gruß. — S. D. Wir glauben nicht. In der Literatur konnten wir eine dementsprechende Entscheidung nicht finden. — Ehringsdorf. Behandelt doch die Geschichte im nächsten Bericht summarisch. — S. in U. Es ist leider keine Ansicht vorhanden, daß Dir eine Rente ausbezahlt werden kann. Besten Gruß. — Monatshefte in B. Dein christlicher Orden liegt unverfehrt in Müdens zur Abholung bereit. Ueberdies steht derselbe ziemlich hoch zu Buch, wie wir uns selbst überzeugen konnten. — Den Steinarbeiterverbänden in der letzten Woche lagen die Quartalsabrechnungsformulare bei. Die Kassierer haben die Formulare, soweit dieses noch nicht geschehen sein sollte, von den Zeitungsverbreitern unverzüglich einzufordern.

CECECE Anzeigen CECECE

Steinarbeiter der Oberlausitz.

Nachstehende Versammlungen finden statt:
Sonnabend, den 30. März, abends 7 Uhr in Bischofswerda.
Sonntag, den 31. März, nachm. 2 1/2 Uhr in Neukirch.
Tagesordnung:
1. Unsere Tarifpolitik. Referent: A. Staudinger.
2. Besprechung über die einzuleitende Agitation in den Hartsteinbrüchen.
Es wird Massenbesuch erwartet. Der Einberufer: P. Deyer.



Die besten Arbeiter-


Hosen, Westen, Jacketts, blaue Jacken, Unterhosen, Pelzerinnen, Lodenjoppen, Kindermäntel und Ulster, Stoffanzüge nach Maass, erhalten Sie in der Kleiderfabrik von
Ernst Wünsche in Neugersdorf (Sachsen) 19.
Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach.
Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25
Garantie für tadellosen Sitz.
Billigste Preise.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte

Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfehlen zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Schürzen

Gausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Wadstüch-Gosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.



Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgebirge) 16
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Turmrose aus Basaltlava

in gotischem Stil, aus einem Stück gearbeitet, 1,10 m im Durchmesser, leichte Weite 0,82 m, 0,22 m stark, prämiert mit der goldenen Medaille, ist preiswert zu verkaufen.
Gebr. Kenser, Mayen (Rheinland), Pöhlstr. 51.

Mehrere tüchtige Steinhauer

sofort für dauernde Arbeit gesucht.
Heinrich Jacob & Co., Ehenitz u. Granitwerke
Wersau bei Reichenheim i. Obw.

Mehrere tüchtige Steinhauer

auf schwedischen Granit, gute Profilarbeiter, werden für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Bezahlung erfolgt nach dem Fichtelgebirgs-Lohnstarif.
Herm. Jahn, Granitwerk Berneck.

Gesucht auf sofort ein
tüchtiger Werkzeugschmied.
Anerbietung mit Gehaltsforderung zc. an Fr. Wachsmuth, Bremen.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.
In Hamburg am 19. März der Kollege Paul Rother, 27 Jahre alt, am Blutfurz.
In Sulzfeld am 21. März der Kollege Johann Daubenthaler, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Wenig-Radwitz am 15. März der Kollege Vincenz Ruhn, 89 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Das Koalitionsrecht in Gefahr.

Ein freies Koalitionsrecht ist die notwendige Grundlage aller gewerkschaftlichen Bewegung. Es ist unentbehrlich, um den Arbeitern eine Vertretung ihrer Interessen in regelmäßiger gesetzlicher Weise zu ermöglichen. Ohne das Recht, durch Koalitionen und Streiks eine entsprechende Bezahlung ihrer Arbeitskraft zu erzwingen, wären sie keine freien Arbeiter, wie sie der Kapitalismus braucht, sondern Heloten, Kulis, die ihrem Groll nur durch noch viel unerträglichere Zustände und Zerstörungen Luft machen könnten. In Rußland-Polen forderten vor einigen Jahren die Fabrikanten die Regierung auf, das Koalitionsrecht freizugeben, damit es ihnen möglich werden sollte, zu einer regelrechten Verständigung mit den Arbeitern zu kommen, statt durch die spontan ausbrechenden Streiks jedesmal in ihren Geschäften gestört zu werden. Aus diesem Grunde, weil das Koalitionsrecht und seine Benutzung notwendig zum Kapitalismus gehört, sind fast in allen Ländern mit dem Emporkommen des Kapitalismus die alten Verbotsbestimmungen gegen Arbeiterkoalitionen aufgehoben.

In dem Maße aber, wie die Arbeiter das Koalitionsrecht tatsächlich benutzen, wächst der Haß der Unternehmer gegen dieses Recht. Daß der Staat es zuläßt und gleichsam fördert, daß die Arbeiter ihnen Lohnerhöhungen abtrotzen, erscheint ihnen als eine Ungeheuerlichkeit. Das Großkapital schätzt in seinem Machtdünkel die Arbeiter nicht höher als Heloten und Kulis ein, und die reaktionären Parteien, die die Interessen dieses Großkapitals vertreten, lassen und fürchten in den Arbeiterkoalitionen die steigende Macht der revolutionären Klasse. In einer Zeit, worin der Umsturz des Kapitalismus nicht mehr die Utopie einer kleinen Gruppe, sondern das Aktionsprogramm großer Massen ist, handelt es sich nicht mehr darum, die Bedingungen eines friedlichen Bestands dieser Ordnung festzustellen, sondern die drohende Macht des Feindes zu zerhacken, seine Aktionskraft zu lähmen. So begegnet sich die Revolutionsfurie aller Reaktionen mit der Profitgier des Kapitals in dem gemeinsamen Ruf nach Ausnahmegeetzen gegen die kämpfende Arbeiterklasse.

In den letzten Jahren hat sich dieser Ruf immer stärker erhoben. Jedesmal, wenn ein äußerer Anlaß die Möglichkeit zu bieten schien, mit einigem Schein der Berechtigung vorzugehen, drang er in Parlament und Presse hervor. Bei den Volkszeitwahlen in Moabit hieß es schon, die Arbeitswilligen müßten besser gegen den „Terrorismus“ der Streikenden geschützt werden. Vor den Reichstagswahlen wurde im sächsischen Landtag ein Gesetz gegen die Aktion der Gewerkschaften verprochen. Neulich hat das preussische Herrenhaus nach einer Brandrede des Grafen von Bieten-Schwern einen Antrag Buttamer angenommen, wonach die Einführung eines Gesetzes zum Besseren Schutze der Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden verlangt wird. Und auch bei den Reichstagsdebatten über den Bergarbeiterstreik trat das Verlangen der Reaktionen nach härterem Vorgehen gegen die kämpfenden Arbeiter offen hervor.

Um ihrer Sache den Schein der Berechtigung zu geben, sammeln sie zugleich eifrig Material. Ihre Schuld ist es nicht, daß es so dürrig und ungewerkschaftlich ist und jedesmal durch die Nichtigstellungen der Arbeitervertreter über den Hofen gemorfen wird. Sie brauchen eben die Lügen und Verleumdungen über angebliche Gewalttätigkeiten und Bedrohungen, denen die armen Streikbrecher durch die Streikenden ausgesetzt sein sollen, weil die Wahrheit ihren Zielen nicht passen würde. Denn was ist diese Wahrheit? Wir behaupten nicht, daß nicht mitunter in einem Streik ein böses Wort, sogar eine Tüchtigkeit vorkommen mag; durch den Streik werden nicht auf einmal, wie durch ein Wunder, rohe und derbe Gesellen zu Musterknaben der feinen Sitte. Aber die Wahrheit ist, daß in Gegenden, wo Raufen und Schlägereien alltäglich vorkommen, diese mit dem Ausbruch eines Streiks fast vollständig aufhören. Das ist das Wunder, das der Streik wirkt. Oder eigentlich ist es auch kein Wunder; denn durch den Streik werden die Arbeiter aus ihrem engen Alltagskreis mit seinen kleinen Begebenheiten

und Streitigkeiten auf eine höhere Warte emporgehoben. Sie fühlen sich als Kämpfer für eine große Sache, als Vertreter einer großen Gemeinschaft, die durch ihr Verhalten und durch ihre Disziplin die Ehre ihrer Klasse zu wahren haben. Sie wissen, daß die Augen aller Arbeiter und aller Ausbeuter auf sie gerichtet sind und, hier mit Schmerz, dort mit hämischer Freude, die kleinste Verfehlung jedes einzelnen beobachten; sie wissen, daß auch die unbedeutendste, sonst tagsübliche Schlägerei sofort in der ganzen bürgerlichen Presse dem Publikum als ein Beweis der „Schreckensherrschaft des Bößes“ hervortritt. Demgegenüber muß immer aufs nachdrücklichste die Wahrheit hervorgehoben werden. Die Wahrheit ist, daß Gewalttätigkeit dem Wesen des Gewerkschaftskampfes wie des Arbeiterkampfes überhaupt widerspricht, und daß die noch vereinzelt vorkommenden Fälle Ueberreste früherer Disziplinlosigkeit und Folgen einer noch ungenügenden Schulung sind.

Diese notwendige Zurückweisung der Verleumdungen der Scharfmacher bedeutet nun durchaus nicht, daß die Arbeiterklasse sich als den braven Fribolin hinstellt, der nichts verbrotchen und trotzdem von der bösen Reaktion so ungerecht verfolgt wird. Im Gegenteil, sie darf ruhig anerkennen, daß sie den Haß und die Wut der Scharfmacher redlich verdient hat. Verdient durch ihren schönen erfolgreichen Kampf zur Hebung ihrer Lage, zur Eroberung von Menschenwürde und Kultur, zum Aufbau machtvoller Organisationen. Und jedermann weiß, daß wegen dieser ehrenvollen Errungenschaften und nicht wegen der Verprügelung eines Streikbrechers, die nur als Vorwand herhalten muß, die Feinde des Proletariats nach Ausnahmegeetzen schreien. Die Arbeiterklasse hat den Kampf für die Befreiung nun einmal trotzig aufgenommen und erwartet vom Feind nur feindselige Taten; im Klassenkampf gilt kein Zetern über die Gemeinheit des Gegners, sondern es gilt nur, seinen Schlag abzuwehren und mit einem besseren Hieb zu beantworten.

Wenn also wiederholt — wie neulich in dem Aufruf der Partei- und Gewerkschaftsleitung über den Bergarbeiterstreik — die Mahnung an die Arbeiter gerichtet wird, der Reaktion keinen Vorwand zur Antastung des Koalitionsrechts zu liefern, so kann das durchaus nicht bedeuten, daß das Proletariat durch artiges Benehmen den erzürnten Feind beschwichtigen und entwaffnen soll; sondern es bedeutet nur eine Erinnerung an die notwendigen Grundbedingungen unsres Klassenkampfes überhaupt. Dadurch, daß man ihm jeden Vorwand zu nehmen sucht, kann man einen entschlossenen Gegner nicht von seinem Vorhaben abbringen; er findet, wenn er will, immer neue. Was das Koalitionsrecht allein wirksam schützen kann, ist die Macht des Proletariats, und die Entschlossenheit, die Macht zu gebrauchen. Die Macht der Organisation, die Kampfbereitschaft der Arbeiter, nur sie haben bisher die Reaktion vor Angriffen auf die Arbeiterrechte zurückgeschreckt. Sie möchte gern, aber sie magt es nicht, und nur die Furcht vor den Folgen eines Koalitionsrechtsraubes an einer mächtig organisierten und kampfbereiten Arbeiterschaft wird auch weiterhin die Scharfmacher zur Vorsicht mahnen.

Mit dem freien Koalitions- und Streikrecht wird den Arbeitern nur eine Waffe, aber nicht jede Aktionsmöglichkeit genommen. Geht es nicht mehr, den Kampf in ruhigen, regelmäßigen Formen zu führen, so kann die Bourgeoisie darauf rechnen, daß er ihnen in andern Formen noch unangenehmer wird. Will die Reaktion die elementarsten Arbeiterrechte antasten, so wird sie Massenkämpfe heraufbeschwören, die den Bestand des Kapitalismus selbst gefährden. Die ganze Kampfernergie des Proletariats, die ganze Organisationsmacht der Gewerkschaften wird sich dann gegen den Staat und seine Machthaber richten. Die alte Tatsache, die der Bourgeoisie zu Beginn des Kapitalismus einleuchtete, daß die Produktionsweise nicht ohne Aktionsfreiheit der Arbeiter bestehen kann, wird sich dann darin bewähren, daß die Antastung der Aktionsfreiheit der Arbeiter das kapitalistische System in seinem tiefsten Innern erschütteret.

Wir können also der Reaktion ruhig zurufen: Nur zu, ihr Herren! Wir bedürfen einer ruhigen Entwicklung, worin wir durch Anwendung unsrer Rechte unsre Macht stetig auf-

bauen und erweitern. Aber wollt ihr uns diesen Weg unmöglich machen, und das Proletariat seiner Bewegungsfreiheit berauben, um es besser ins Glend zurückstoßen zu können, so beschleunigt ihr nur die soziale Revolution.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Jahresberichte der Banken — Fortgesetzte Geschäftsausdehnung Gefährliche Verbindungen und abnehmende Liquidität.

Die Jahresberichte der Großbanken sind, wie alljährlich im Februar und März, allmählich vollständig erschienen. Aber sie haben kaum jemals zu einer solchen Flut von kritischen Betrachtungen Anlaß gegeben.

Nur die Schlusergebnisse ins Auge gefaßt, erscheint diese unfreundliche und frostige Stimmung zunächst wenig verständlich. Keines der neun Aisieninstitute, die man gewöhnlich als die Großbanken im eigentlichen Sinne des Wortes herausgreift, hat 1911 gegen das durchaus glänzende Vorjahr 1910 seine Dividenden herabzusetzen gebraucht. Die Berliner Handelsgesellschaft verteilt sogar 1/2 Prozent mehr an Dividende. Im ganzen ergibt sich im Berichtsjahre 1911 für Grundkapital und Reserven, Bruttogewinn und Dividenden folgendes Bild:

	Aktienkapital	Reserven	Bruttogewinn inkl. Vortrag	Dividende in Proz.
	Millionen Mark			
Deutsche Bank	200	107,8	66,25	12 1/2
Dresdner Bank	200	61,0	40,19	8 1/2
Berliner Diskontogesellschaft	200	32,03	37,03	10
Darmstädter Bank	160	32,0	24,36	6 1/2
Schaaffhausener Bankverein	145	34,2	20,78	7 1/2
Berliner Handelsgesellschaft	110	14,5	17,47	9 1/2
(Hamburger)Commerz- u. Diskontobank	85	13,2	18,54	6
Nationalbank	80	15,8	13,23	7
Mitteldeutsche Kreditbank	60	8,66	8,45	6 1/2

Auch der verzeichnete Bruttogewinn war im vorangegangenen Jahre 1910 bei jeder der Banken kleiner (bei allen 9 Banken zusammen um 11,35 Millionen Mark). Der Gesamtumsatz betrug: bei der Deutschen Bank 126 Milliarden Mark (gegen 112 Milliarden im Vorjahre), bei der Dresdner Bank 91,15 Milliarden (gegen 84,14), bei der Diskontogesellschaft 57,84 (gegen 53,32) Milliarden Mark, bei Schaaffhausen 24,42 (gegen 18,80) Milliarden Mark. Die Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie, Vorsitzender des Aufsichtsrats Reichstagspräsident Dr. Kaempf) gibt an, daß sich ihr Gesamtumsatz um ungefähr 9000 Millionen vermehrt habe. Nicht viel anders haben sich die übrigen Banken gehalten und entwickelt. Die Deutsche Bank steigerte die Zahl ihrer Beamten von 5816 auf 6197, die Dresdner Bank von 4008 auf 4311, Schaaffhausen von 883 auf 906. Die Darmstädter Bank führt für Ende 1911 2678 Angestellte auf. Alles dies läßt nach wie vor den äußeren Anstrich glanzvoll erscheinen, und selbstverständlich ist niemand der „Weltlich“ Tag für Tag Finanzkapital für bei der Verteilung des Gesamtvermögens aus den allerersten Reihen irgendwie zurückgedrängt.

Die schwachen und schadhafte Stellen lassen sich aber trotzdem nicht leugnen. So hat ein großer Teil der Banken in allzu ungezügelm Bagemut beträchtliche Summen in spekulativen Verbindungen festgelegt; neuerdings vor allem in Terraingeschäften, sei es in der Form von umfassenden Krediten an Bauunternehmer, sei es durch Konfuzialbeteiligungen bei Terraingeschäften oder bei der Übernahme von Terrains. Schwere Rückschläge können dabei unter Umständen nicht ausbleiben. So mußte die Deutsche Bank vor kurzem ihre Befreiung von der Berliner Terrain- und Baugesellschaft mit einem Verlust von nicht weniger als 7 Millionen Mark verkaufen. Daran reiht sich aus demselben Anlaß eine gleichfalls auf mehrere Millionen zu beziffernde Einbuße der Bergisch-Märkischen Bank, deren Aktienkapital (80 Millionen Mark) sich abermals zu einem großen Teil im Besitz der Deutschen Bank befindet — die Rückwirkung dieser Verbindung wird erst im nächstjährigen Bericht der Deutschen Bank zutage treten.

Zu solchen mehr akuten Störungen gesellt sich eine schlechtere, seit Jahren sich immer fester einwurzelnde Krankheit, gegen die vor allem die Reichsbankleitung seit längerem ihren überragenden Einfluß geltend zu machen sucht: die fortgesetzte sich vermindere Liquidität der Kreditbanken, das stetig sich verschlechternde Verhältnis der in jedem Augenblick leicht flüssig zu machenden Mittel zu den Verbindlichkeiten, die rascheste Erfüllung heischen können. Freilich liegt zweifellos ein gewisser Trost darin, daß die bis ans Äußerste

Von der Entwicklung des Bauwesens.

VI.

Die Baukunst der neueren Zeit.

Am Ausgang des Mittelalters hatte die römische Kirche den Höhepunkt ihrer Macht erreicht überschritten, und auch die feudale Staats- und Gesellschaftsverfassung ging ihrem Verfall entgegen. Das moderne Bürgertum mit einem absoluten Fürsten- oder Königtum an der Spitze war im Entstehen begriffen und gelangte zu immer größerer Macht. Damit ging auch die Pflege der Künste immer mehr aus den Händen der Kirche in die der Fürsten und Könige und später in die des kapitalistischen Bürgertums über. Das ist der Grund, weshalb die Bauformen der neueren Zeit weniger an den Kirchen als an den weltlichen Profanbauten fortgebildet wurden, wobei die Schlösser und Paläste der Fürsten die größte Rolle spielten. Die von der Kirche selbst geschaffenen Bauformen waren allmählich verändert und nicht mehr der Entwicklung fähig, deren die Kunst des aufstrebenden Bürgertums bedurfte. Ueberhaupt waren diese Bauformen mehr der Ausdruck einer weltentrückten mystischen Schwärmerei und Gefühlromantik, als klarer und realer Gedanken. Der Kapitalismus kann aber mit Gefühlen und scholastischen Gedankenpielereien nichts anfangen; für ihn, der tagtäglich den Realitäten des Lebens gegenübersteht, der mit Tatsachen und nur mit Tatsachen zu rechnen hat, waren die allhergebrachten politischen, gesellschaftlichen und künstlerischen Formen unbrauchbar, und er mußte, wollte er sich weiter entwickeln, auf allen diesen Gebieten nach Freiheit streben. So griff er zurück in die Vergangenheit und stellte dem Glauben des Mittelalters das Wissen des Altertums, dem scholastischen Spintisieren das freie Forschen und klare Denken gegenüber. Alt-Griechenland und Rom waren die Wallfahrtsstätten, von denen der im Dogmenglauben befangenen Menschheit des Mittelalters die humanistische Bildung gebracht wurde. Und mit der humanistischen Bildung, mit der Einführung der griechischen Ideen in die Gedankenwelt der damaligen Gebildeten, feierte die Kunst des Altertums in der Renaissance ihre Wiedergeburt im Abendlande.

Bis gegen Ende des Mittelalters hatte Deutschland, seiner wirtschaftlichen und politischen Macht entsprechend, von den Völkern Westeuropas in der Entwicklung der Baukunst eine führende Rolle gespielt. Mit der Entwicklung des Handelskapitals, das in den ita-

lienischen Hafenstädten am Mitteländischen Meer am frühesten zu Macht und Ansehen kam, übernahm das wirtschaftlich fortgeschrittene Italien auch die Führung in der Weiterentwicklung der Baukunst. Als Deutschland nach der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien durch die Verlegung des Welt Handels von Deutschland nach dem Atlantischen Ozean wirtschaftlich noch mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, trat es auch mit seiner Baukunst völlig in den Hintergrund. Die Reformationsbewegung, der Dreißigjährige Krieg, die fortgesetzten inneren Streitigkeiten der Fürsten untereinander, deren politische, moralische und intellektuelle Abhängigkeit vom Ausland und ihre despotische Allmacht hinderten bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts jede große selbständige Entwicklung der deutschen Baukunst. Wie politisch, so war man auch künstlerisch in hohem Maße vom Ausland abhängig und begnügte sich damit, die aus Italien und später aus Frankreich kommenden Baustile nachzuahmen und sie den deutschen Verhältnissen entsprechend umzugestalten.

Die der Humanismus, die Wiedergeburt des antiken Weltgeistes, so ging auch die Renaissance, die Wiedergeburt der antiken Kunst, von Italien aus. Diesem Lande, auf dessen Boden einst die römische Antike entstand, war im 15. und 16. Jahrhundert nochmals eine überaus glänzende Kulturapoche beschieden, in der Kunstsinne und Geschmack nicht weniger Allgemeinut des Volkes waren, als einst bei den alten Griechen. In Italien konnte diese Baukunst um so eher entstehen, weil die dortigen Baukünstler immer von den Resten der Baukunst des Altertums umgeben waren und weil der Geist der Antike, selbst in der Zeit der Gotik, nie völlig von ihnen gewichen war. — Die italienische Renaissance trug bei ihrem Entstehen einen durchaus weltlichen Charakter. An den Palästen der Großen wurde sie entwickelt, und erst als sie ihren Siegeszug über die Erde antrat und der Ruhm der italienischen Renaissancebaumeister überall wiederhallte, stellte sie auch die päpstliche Kirche, die übrigens damals in Italien unchristlicher als in irgendeinem andern Lande war, in ihren Dienst. Die italienische Renaissance hat prachtvolle Bauten hervorgebracht, Bauten, die mit ihren geraden Linien, den meist durch alle Stockwerke durchgeführten Säulenhallen mit den spätromantischen Arkadenstellungen, den korinthischen Kapitälchen und den feingliederigen Einzelheiten deutlich ihre Entstehung aus der Antike zeigen. Dabei verfielen die italienischen Renaissancebaumeister durchaus nicht einer slavischen Nachahmung der alten Formen, sondern schufen mit souveräner Freiheit und großartiger

Schöpferkraft eine Formensprache, die durchaus dem Geiste der damaligen Zeit entsprach, so daß die italienische Renaissance tatsächlich die Grundlage für die gesamte Kunst der neueren Zeit geworden ist. An den Fassaden wurde erstmals rustika (regelmäßiges Quadermauerwerk mit sorgfältig abgerichteten vertieften Fugen und rauher Zwischenfläche) zu künstlerischer Geltung gebracht. In manchen Städten wurden die Fassadenflächen mit kostbaren bunten Steinplatten in den verschiedensten Farben und Formen verkleidet. Daneben wurden wieder stark ausladende Gurt- und Kranzgesimse geschaffen. Die Fenster und Türen wurden mit durchgehenden Gassen streng symmetrisch angelegt und erhielten außer den altromantischen Gewänden nicht selten Bänke und von Konsolen, Plafons oder Wandfäulen getragene Verdachungsgesimse. Als Krönung an den Fenstern und als Bekrönung und Abschluß der Fassaden wurden die brustwehre- und geländerartige Balustraden geschaffen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts machte sich in der italienischen Baukunst, die inzwischen wieder stark von der Kirche beeinflusst wurde, ein energisches Streben nach großartigen und plastischen Wirkungen geltend. Man fand das Logische und Gesetzmäßige im Aufbau wieder zu eng und strebte, der lebhaft bewegten Zeit entsprechend, auch in der Baukunst lebhaftere und bewegtere Formen an. So wurden — zuerst von dem genialen Michelangelo — durch eine noch ruhligere Gestaltung der Gesimse, durch Anbringung von Flügelsäulenhäuten und Mauervorsprüngen und schließlich auch durch die Aufnahme geschweifter Linien die von der Renaissance gefesteten Strukturen durchbrochen und jene lebhaften und bewegteren Formen geschaffen, die den Uebergang zum Barock darstellen.

In Deutschland, Frankreich, Spanien und den nordlichen Ländern wurde die Renaissancebaukunst bei weitem nicht so schnell seitlich auf jenen wie in ihrem Mutterlande Italien. In diesen Ländern hatte die Gotik das ganze Geistes- und Gefühlleben so sehr durchdrungen, daß nun die neue Kunst den hartnäckigsten Widerstand fand. Ein Volk, das mit bestimmten Ideen und mit einer bestimmten, aus diesen Ideen hervorgegangenen Kunst durch Jahrhunderte lang verbunden war, konnte nicht so leicht von der alten Kunst loslassen, sondern nur sehr langsam gewöhnen. Zudem standen diese Länder im 15. Jahrhundert nicht nur wirtschaftlich zurück, sondern ihren Baumeistern fehlte auch die Gelegenheit zum unmittelbaren Studium der Antike. Daher kam es, daß z. B. in Deutschland die Frührenaissance erst um 1500, also zu einer Zeit begann, da Italien

gehende Ausdehnung der Kreditgewährung nur eine Begleiterscheinung der überraschend schnellen Produktions- und Handelsentwicklung Deutschlands ist. In der Anspannung der Banken spiegelt sich nur der Ausdehnungsdrang und Bedarf der Industrien, der Transportunternehmungen, des Handels, der Börsen wider. Andererseits wird dieser allgemeine Wirtschaftsschritt jedoch auf schwerste gefährdet, soweit er nur den schwankenden Boden einer verfallenen, übertriebenen Kreditorganisation unter den Füßen hat. Ein Mitglied des Reichsbankdirektoriums, Dr. v. Lumm, schreibt deshalb in dem „Bankarchiv“, nachdem er zunächst die weitgehende Förderung der Börsenspekulation, durch Beilegung beispielsweise von Industriepapieren bis zu 90 Prozent ihres Kurswertes, gerügt hat:

Eine weitere Gefahr muß in dem übermäßigen Anwachsen der namentlich durch die Großbanken vielfach gewährten ausgedehnten Kredite zum Zwecke der Gründung neuer Unternehmungen erblickt werden, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Industrie, als auch auf dem Grundstücks- und Bauplatze zur Stützung von Bodenkaufverträgen und Errichtung von Bauten, wie Warenhäusern und Vergnügungsorten, Unternehmungen, die zum Teil einen stark spekulativen Charakter haben. Das erheischt die andauernde Festlegung von Mitteln, deren Liquidierung im Hinblick auf ihre Natur geboten wäre.

Ferner nutzen die Banken bei schwächeren Barmitteln immer mehr ihren eigenen Firmenkredit dahin aus, daß sie ihre Kundschaft auf sich zu ziehen lassen. Solche Kratten und Schicks auf die Dresdner Bank fanden sich z. B. am 31. Dezember 1911 nicht weniger wie 264,56 Millionen Mark (1910 232,55 Millionen Mark) in Umlauf, das sind 64 Millionen Mark mehr wie das ganze Aktienkapital, 3 Millionen mehr wie Aktienkapital plus Reserven.

Alle diese Kreditbeziehungen sind an sich durchaus verständlich und bis zu einem gewissen Grade notwendig, sie werden nur durch das Uebermaß ihrer Anwendung und Ausnutzung bedenklich und gefährlich, und nach Dr. v. Lumm wären die Zustände hier immer gespannter geworden. Er rechnet für die deutschen Kreditbanken ihre Barbestände und ihre dem Bargeld gleich zu erachtenden Giroaufhaben bei der Reichsbank zusammen; auf die andere Seite stellt er die Depositen und Kreditoren. Während davon im Jahre 1890 noch 13 Prozent in der bezeichneten Weise gedeckt waren, hat sich dieses Verhältnis bis Ende 1910 auf 7 1/2 Prozent verschlechtert; bei den Berliner Großbanken hat sich die Deckungsquote in der Zeit von 1890 bis 1911 sogar von 20 auf 7,3 Prozent vermindert. Auch die betroffenen Institute selber fühlen diese Gefahr heraus. So schreibt die Dresdner Bank: sie müßten „in ihrem eigenen Interesse bemüht sein, die beanspruchten Kredite allmählich auf ein geringeres Maß zurückzuführen“. Aber die Konkurrenz treibt immer wieder dazu, daß eine Bank die andere an Entgegenkommen gegen die Kreditverlangenden zu überbieten sucht, und andererseits sind eingewurzelte Geschäftsgewohnheiten schwer abzuändern, ohne Störungen an anderer Stelle hervorzurufen. So drängen augenblicklich, nach den vormonatlichen Mahnungen des Reichsbankpräsidenten selber, die Banken auf höhere Einflüsse bei der Effektenpekulation hin. Damit ist die Spekulation wesentlich unterbunden, den angebotenen Industrieeffekten steht eine bedeutend verringerte Aufnahmefähigkeit gegenüber; die sinkenden Kurse treiben zu Spekulationen und verstärken so abermals das Angebot und den Kursdruck. Das Wippen hat sich deshalb in den letzten Wochen sichtlich ausgebreitet, und wenn es sich in einer bitteren Kritik der Banken selber Luft macht, so ernten im Grunde unsere Kreditinstitute nur, was sie gesät haben.

Berlin, 26. März 1912.

Max Schippel.

Tarifabschluss in Frankfurt a. M.

Die Wohlbewegung in der Marmor- und Grabsteinindustrie, die auch der Sandsteinbranche ist auf friedlichem Wege zu einem erfolgreichen Ende geführt worden. Hatten wir bisher mit einzelnen Firmen der Marmor- und Grabsteinindustrie eine Art Tarifvertrag, so war unser Bestreben bei der diesjährigen Lohnbewegung, einen für die gesamte Branche gültigen Tarif zu schaffen. Daß dieses Ziel nicht so ohne weiteres erreicht werden konnte, war jedem klar, der mit den hiesigen Verhältnissen einigermaßen vertraut ist. Und die Antwort der Unternehmer, wegen unserer „überhöhten Forderung“ jede Verhandlung abzulehnen, ließ auch nicht gerade auf eine friedliche Lösung schließen. Eine außerordentlich gut besuchte Marmorarbeiterversammlung beauftragte daraufhin den Vorstand, sofort die Kündigung einzureichen. Was vorher unmöglich erschien, wurde unter dem Druck dieser Maßnahme zur Wirklichkeit. Die am ersten davon betroffenen Firmen suchten um eine Verständigung nach und es gelang den Bemühungen des Kollegen Siebold vom Zentralvorstand, mit den fünf größten Firmen und dem Bezirksvorstand des Arbeitgeberverbandes eine Verhandlung mit unserer Kommission herbeizuführen. Eine sechsstündige Dauer Sitzung am 16. März für die Grabstein- und Marmorbranche und eine solche am 19. März für die Sandsteinbranche brachte denn auch eine grundsätzliche Annäherung beider Teile zustande. Mit dem Resultat dieser Besprechung beschäftigte sich zunächst eine allgemeine Unternehmerversammlung am 21. März und übermittelte dann unserer Verwaltung ihre gefassten Beschlüsse. Eine am Freitag, den 22. März, vollzählig besuchte Steinmetzversammlung nahm hierzu Stellung. Es wurde nach lebhafter Debatte der Tarif für die Marmorbranche, unter Vorbehalt einiger noch auszumerkender und ergänzender Bestimmungen, und der Tarif für die Sandsteinbranche unverändert einstimmig an-

genommen. In einer nochmaligen Verhandlung mit der Unternehmerkommission der Marmor- und Grabsteinbranche am 23. März erfolgte auch über diese Punkte eine Einigung. Die Grundzüge des für sämtliche hiesige Marmor- und Grabsteingeäfte unterzeichneten Tarifs sind folgende: Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 9 1/2 Stunden täglich; vom 1. April 1913 ab 9 Stunden. Am Sonntagabend ist 1 Stunde, an den hohen Feiertagen 2 Stunden früher Schluß, bei voller Lohnzahlung. Der Stundenlohn beträgt für Steinmetzen ab 1. April 1912 60 Pfg. und ab 1. April 1913 62 Pfg., für Schleifer ab 1. April 1912 55 Pfg. und ab 1. April 1913 57 Pfg., für Hilfsarbeiter ab 1. April 1912 46 Pfg. und ab 1. April 1913 48 Pfg. Steinmetzen, Schleifer und Hilfsarbeiter, die schon höhere Löhne bezogen, erhalten eine der Forderung gleiche prozentuale Lohnerhöhung. Hilfsarbeiter dürfen eine Stunde täglich länger beschäftigt werden. Ueberstunden werden mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent vergütet. Die Zulage bei Arbeiten an Bauten in der Stadt beträgt 60 Pfg. täglich; bei auswärtigen Orten 2 Mark, mit Uebernachten 3,20 Mark. Sind diese Orte mit der Straßenbahn zu erreichen, so ermäßigt sich die Tageszulage auf 1 Mark. Der Tarif läuft bis 31. März 1915 und gilt stillschweigend immer ein Jahr weiter, falls er nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Entstehende Differenzen aus dem Tarif unterliegen einer Schiedsinstanz von 2 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmern, mit einem von diesen 4 erwählten Vorsitzenden. Kann über die Person eines Vorsitzenden keine Einigung erzielt werden, so ernannt der Vorsitzende des hiesigen Gewerbegerichts einen solchen. Die Hauptpunkte des Tarifabschlusses in der Sandsteinbranche sind folgende: Die Arbeitszeit ist vom 1. April bis 31. Oktober 1912 9 Stunden, im Winter richtet sie sich nach der Tageshelle.

Der Stundenlohn beträgt ab 1. April 1912 68 Pfg. (bisher 65 Pfg.), Ueberstunden werden mit 20 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent vergütet. Das Werkzeug soll während der Arbeitszeit nach und von der Schmiebe gebracht werden. Der in dem Marmorarbeitsenthaltenen Passus einer Schiedsinstanz ist auch im Sandsteinarbeitsenthalten. Der Tarif läuft bis 31. März 1913.

Vergleichen wir nun diese Tarifabschlüsse mit den bisher bestehenden Verhältnissen, so müssen wir unbedingt anerkennen, daß dieselben einen unzweifelhaften Fortschritt für Frankfurt a. M. bedeuten. Schon die Tatsache ist ein Erfolg, daß sämtliche Unternehmer, deren Mehrzahl bisher eine Verständigung mit unserm Verbande konsequent ablehnte, nun doch den Zentralverband der Steinmetz- als Kontrahent anerkennen. Sollten nun doch einzelne Firmen versuchen, aus der Reihe zu tanzen, so werden wir dies mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen und dahin wirken, endlich gleichmäßig geregelte Zustände in Frankfurt a. M. zu schaffen.

Die kurze Tarifdauer in der Sandsteinbranche ist hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen, daß bis 31. März 1913 der Tarif mit der Firma Holzmann u. Co. ablautet und daß dann ein Abschluß für die gesamte Branche erfolgen soll. Unternehmerseits war allerdings die Rücksicht auf die große Angstmacherei in der Baubranche 1913 das ausschlaggebende Moment.

Wenn nun auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen erfüllt werden konnten, so müssen wir dabei doch in Betracht ziehen, daß damit einmal eine Grundlage geschaffen ist, und auf dieser Grundlage weiterzubauen, muß unsere Aufgabe für die Zukunft sein. Stehe deshalb jeder Kollege seinen Mann und arbeite eifrig weiter an dem Ausbau und der Stärkung unserer Organisation. Unsere Parole lautet: Friede auf zur neuen Arbeit!

L. P.

Korrespondenzen.

Colmar. Am 16. März tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, welche auf besuch war. Kollege Unger ergriff den Bericht über die in den letzten Versammlungen angeregte Kranzentscheidung. Daß die Kollegen mit dieser Entscheidung einverstanden sind, zeigt, daß nach einer kurzen und sachlichen Debatte der ganze Kommissionsentwurf mit einigen kleinen Verbesserungen gegen eine Stimme angenommen wurde. Die Kaffe tritt am 1. April 1912 in Kraft, die Unterstützung am 1. April 1913. Die Beitragsleistung beträgt pro Woche 10 Pfg. und ist obligatorisch zu entrichten. Die Unterstützung beträgt pro Tag 50 Pfg. Ausgesteuerte Kollegen haben erst nach 18 wöchiger voller Beitragsleistung wieder Anspruch auf Unterstützung. Am Schluß der Versammlung ergriff der Vorsitzende die Kollegen, sich immer fester zusammen zu schließen, damit auch auf andern Gebieten etwas Positives geleistet werden kann.

Seidingsfeld. Hier tagte am 10. März eine Bezirksversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Einhaltung des Tarifs, wurde von allen Seiten über die rigorose Auslegung desselben geklagt. Besonders hervorzuheben ist dabei die Firma Schilling. Der Herr Geschäftsführer Stahl stellt sich bei jeder Differenz auf den Herrenpantpunkt und erklärt: mehr zahle ich nicht. Auch der Herr Volker Schmitt scheint das Reden verlernt zu haben. Die Firma Büchner erlaubt sich, die Preise erst am Jahrsabschluss bekannt zu geben, trotzdem laut Tarif die Preise sofort bekannt zu geben sind. Man erhebt hieraus, daß die Unternehmer nur darauf ausgehen, den Tarif so gut wie möglich zu ihrem Nutzen auszulagern. Die Anwesenden erklärten aber, dieses sich in Zukunft nicht mehr gefallen zu lassen. Es wurde jedoch folgende Resolution einstimmig angenommen: „Da der Tarif in allen Betrieben des Muschelkalksteingebiets mangelhaft eingehalten wird und Tarifbrüche an der Tagesordnung sind, verpflichten sich die Kollegen, für die strengste Durchführung des Tarifs einzutreten.“ Zum 2. Punkt: Wahl einer Tarifkommission für 1912, wurden 4 Kollegen in Vorschlag gebracht. Zum

3. Punkt: Einführung eines Bezirksgewerbegerichts übernahm Genosse Böhler-Seidingsfeld das Referat. Ueber die Notwendigkeit eines derartigen Instituts waren sich alle Anwesenden einig und soll von der Bezirksleitung und dem Gewerkschaftsrat Seidingsfeld gemeinsam die Sache gefördert werden. Der Punkt: Beschlussempfehlung der Zahlstellen und Einführung eines einheitlichen Sozialzuschlags, wurde wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Versammlung zurückgestellt.

Kemnach. Am 13. März fand im Lokal zum Hof unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom letzten Quartal bekannt. Dieser wurde für richtig befunden. Dann wurde der Vorsitzende, Kollege Weimer, als Kandidat zum Verbandstag aufgestellt. Unter örtlichen Angelegenheiten wurde stark kritisiert, daß unser Gauleiter sich wenig um uns kümmert und seinen Pflichten nicht nachkommt. (!) Es wurde einstimmig der Antrag gestellt, daß wir noch einen Hilfsleiter haben müssen. (!) Dann wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß mehr Versammlungen abgehalten werden müssen, um die Indifferenten mehr belehren zu können.

Königsleiter. Ein Eldorado für Steinmetz scheint der erst im Entstehen begriffene Betrieb der Firma Norddeutsche Kalkindustrie, G. m. b. H., zu werden. Die genannte Firma beschäftigt bei der Aufschichtung ihres Bruches circa 20 Arbeiter, die außer einigen Fabrikarbeitern bei uns organisiert sind. Es wurden Stundenlöhne von 32 und 34 Pfg. gezahlt. Da nun der tarifliche Lohn bei den andern Brucharbeitern 40 Pfg. beträgt, so wurde seitens der örtlichen Leitung die Direktion um eine Unterhandlung zwecks Regelung der Löhne ersucht. Die Antwort lautete aber dahin, daß der Herr Direktor nur mit seinen Arbeitern verhandeln wolle, aber einen höheren Lohn könne er nicht zahlen. Auf eine weitere Anfrage unfruchtbar erfolgte die Entlassung sämtlicher Beschäftigten mit dem Bemerkten, die Leute zeigten kein Entgegenkommen. Die Firma scheint es darauf abgesehen zu haben, der Organisation einen Damm entgegen zu setzen. Wir werden ja sehen, ob ihr dies gelingt.

Kirnbach. Unfre am 21. März stattgefundene Mitgliederversammlung war zahlreich besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, die neue Reichsversicherungsordnung, referierte Kollege H. Braun in eingehender Weise. Der Redner setzte den Anwesenden die Bestimmungen des neuen Gesetzes deutlich auseinander, dabei betonend, daß die Fortschritte des Gesetzes nicht in Einklang gebracht werden können mit dem Gesetz, das darüber angestimmt wurde. Keiner Beifall belohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen. Zu Punkt 2 gab Kollege Köhler den Bericht von der letzten Vorstandssitzung und betonte, daß eine Einigung über die Delegation zum Verbandstag bis jetzt noch nicht erfolgt sei. Redner behauptet, daß der Antrag, in diesem Jahre den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, nicht zur Annahme gelangte, so daß die Meißener wieder am ersten Sonntag im Mai in Dörschburg stattfindet. Es wurde dann ein Antrag der Ortsverwaltung, für das Sommerhalbjahr einen Sozialzuschlag von 5 Pfg. pro Beitragsmarke zu erheben, einstimmig angenommen. Den auswärts arbeitenden Kollegen diene dies zur Kenntnis.

Sprochhövel. Sonntag, den 10. März, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Steinmetzversammlung. Als Referent war Kollege Wittmann aus Witten erschienen. Er hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über die Entwicklung und Fortschritte des Deutschen Steinmetzverbandes. Sein Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Man konnte daraus ersehen, daß die Organisation auch hier festen Fuß gefaßt hat. Die italienischen Kollegen nahmen Anstoß, daß der italienische Referent Nordi nicht erschienen war. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Schmitt einstimmig gewählt, als 2. Vorsitzender Kollege Marzulo, als Kassierer Kollege Brieda, als Schriftführer Kollege Keuser, als Revisor die Kollegen Schneider und Schäfer. Als Delegierter zur Gauleiterkonferenz wurde Kollege Brieda gewählt. Im Punkt Beschlusses nahmen die Kollegen Stellung zur besseren Einhaltung der Bundesratsverordnung. Die Kollegen bei der Firma Piffardt erreichten durch ihre Einigkeit, daß der Afford beseitigt und Stundenlohn eingeführt wurde, was für uns hier schon als ein großer Erfolg zu verzeichnen ist. Ferner wurde beschlossen, einen Markenzuschlag von 5 Pfg. zu erheben, damit den durchreisenden Kollegen ein Sozialgesenl verabreicht werden kann. Dann ließen sich mehrere Kollegen aufnehmen.

Zinnhain. Am 15. März fand im Gasthof Stiel unsere Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Die Lohnhöhen bei der Firma Westerbaldbrüche, nahm zuerst Kollege Hensel das Wort. Er teilte mit, daß die Firma die angekündigten Lohnabzüge der Brucharbeiter zurückgezogen hätte. Darauf haben diese die Kündigung auch zurückgenommen. Den Pflasterfeintippern wurde vorläufig auf eine Sorte 50 Pfg. zugelegt und ab 1. April auf eine weitere Sorte ebenfalls 50 Pfg. pro 100 Stück. Darauf nahm unser Gauleiter, Kollege Hermann, das Wort. Er bewies in einer kurzen Ansprache den Kollegen den Wert der Organisation. Er meinte, die Firma würde den 50 Brucharbeitern ihre Forderungen nicht so schnell bewilligt haben, wenn nicht die zum größten Teil organisierten Pflasterfeintipper hinter ihnen gestanden hätten. Deshalb ermahnte er die noch fernstehenden Brucharbeiter, sich der Organisation anzuschließen, denn es würde sehr die Frage sein, ob bei späteren Differenzen die Organisation sich der nichtorganisierten Brucharbeiter annehmen würde. Beim 2. Punkt: Wahl der Delegierten zur Gauleiterkonferenz, wurden die Kollegen Hensel und Bergerhof gewählt. Beim 3. Punkt: Stellungnahme zum Verbandstage, wurde beschlossen, einen eignen Kandidaten, und zwar den Kollegen Rudolf Weber, aufzustellen.

nach achtzigjähriger Tätigkeit bereits die herrlichsten Werke der Hochrenaissance schuf. Und auch jetzt konnte die neue Kunst die gotischen Vorformen so wenig völlig verdrängen, wie der Geist des Humanismus und Klassizismus die römisch-katholischen Ideen völlig zu verdrängen vermochte. Wie zwischen den alten und den neuen Ideen, so entstand auch zwischen den beiden einander entgegengesetzten Kunstströmungen ein gewaltiges Ringen, aus dem jene eigentümlichen und oft sehr reizvollen Stilrichtungen hervorgingen, die halb aus gotischen und halb aus Renaissanceformen bestehen und die wir in vielen alten Städten heute noch bewundern können. Im Gegensatz zu den italienischen Renaissancebauten fehlen den Bauten der meisten andern Länder die Vollendung in der Raumgestaltung, die Klarheit, Reinheit und Gesetzmäßigkeit im Aufbau sowie die streng abgewogenen Verhältnisse in den Baumassen und in der Gliederung.

Wie in Italien, so übernahm während der Renaissancezeit auch in Deutschland und in den andern Ländern die profane Baukunst die Führung in der Architektur. Die beste Gelegenheit zu ihrer Entwicklung boten die Fürstenschlösser, deren in Deutschland, dank der kleinräumlichen Zersplitterung, eine ganze Reihe notwendig wurden. Neben ihnen spielten die städtischen Rathäuser, die Schöpfungen des mächtig aufstrebenden Bürgertums, wie die Häuser vieler Patrizier eine wichtige Rolle. Ihre oft sehr reich ausgestatteten Fassaden repräsentieren entsprechend die Wohlhabenheit und Macht des damaligen Bürgertums. Allerdings ist eine architektonische Fassadententwicklung im Sinne der Antike auch an diesen Bauten sehr selten. Man behielt meistens das gotische Baugerippe bei und überzog es mit Renaissancebaldaken, ebenso wie man die römisch-katholische Weltanschauung zur Zeit der Reformation durch humanistisch-klassizistische Zutaten ergänzte und erneuerte. An Stelle der Kaffeeschalen traten die antiken Gebälke, an die der Strebeputz die Pilaster, aus den Wimpergen wurden Muschelkalkstücke und aus den gotischen Fialen obeliskartige Spitzsäulen. Eines der Hauptmerkmale der italienischen Renaissance, die flachen Dächer, waren in Deutschland der starken Schneefälle wegen nicht gut anwendbar, und aus demselben Grunde sah man von den stark anladenden Gesimsen ab. An Stelle des italienischen Ballons wurde mit Rücksicht auf das strengere Klima der nordische Erker gemacht. Bei den hohen und steilen Dächern ließ sich der Spitzgiebel nicht vermeiden, und gerade diese Spitzgiebel mit ihren aufstrebenden Pilastern, ihrem antiken

Muschelwerk und den obeliskartigen Spitzsäulen sind heute noch vielfach anzutreffende und recht charakteristische Ueberbleibsel der deutschen nachmittelalterlichen Renaissancebaukunst. — Wahre Prachtwerte brachte die deutsche Renaissance auf dem Gebiete der Innendekoration hervor, wofür eine Wandverkleidung im Rathause zu Lübeck ein herrliches Beispiel ist.

Der Barockstil ging, wie schon weiter oben betont wurde, ebenso wie die Renaissance, von Italien aus, wo er sich aus der heimischen Spätrenaissance entwickelte. Er wurde zunächst ganz besonders von den Jesuiten gepflegt, die es unternommen hatten, die römische Kirche den neuen, bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen entsprechend einzurichten und sie mit dem Humanismus und der klassischen Kunst und Bildung in Einklang zu bringen. Ihnen kam es ganz besonders auf die mächtigen Eindricke an, mit denen sie durch die stark bewegten Formen des Barock auf die Massen wirken konnten. So wurde die Peterskirche in Rom zum eigentlichen Vorbild der zahlreichen Jesuitenkirchen, die später in den verschiedensten Ländern erbaut wurden und deren Merkmal meistens eine gewaltige Kuppel mit einigen kleineren Turmhäuben ist. Weitere Merkmale des Barockstils sind das Abweichen von der geraden Linie, vom Logischen und Gesetzmäßigen und die Hinneigung zum Wuchtigen, Gewagten, Grandiosen, Malerischen, Uferlosen. Diese Formen sind nichts anderes als der steigend gewordene Ausdruck jenes mächtigen Willens und Ausdehnungsdrangs, der die Entdeckung Amerikas und die kühnen Seefahrer der damaligen Zeit beehrte. Die Fassaden werden gekennzeichnet durch starke, weitausladende Gesimse, Pfeilerartige Mauervorsprünge mit reichen Verkröpfungen, stark bewegten oder gebogenen Linien und schließlich durch eine Ueberladung mit ornamentalem Schmuck, durch den auch in der Innendekoration prächtige Wirkungen erzielt werden.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde mit dem Schwergewicht der politischen Geschichte auch das der Kunstgeschichte nach Frankreich verlegt, wo das absolute Königtum zur Macht gekommen war und diese Macht durch die Baukunst verherrlichen wollte. War das Barock in Italien noch eine Volkskunst im wahren Sinne des Wortes, so wurde es unter dem bössigen Einfluß in den Händen der Franzosen bald zu einem Spieltheater für die Saune der Monarchen. An Stelle des konstruktiven Prinzips trat immer mehr die Dekoration und Ornamentik in den Vordergrund, und zur Zeit Ludwig des XV. war glücklich jener Stil erreicht, dem man

in Deutschland den Namen Rokoko (abgeleitet von Rocaille, d. i. Muschel- und Grottenwerk) gegeben hat. Er ist ein edles Erzeugnis des leichtbeweglichen, graziösen, französischen Geistes, den er treffend widerspiegelt. Aber er ist im Grunde genommen kein eigentlicher Wurfstil mehr, sondern nur noch eine besondere Form der dekorativen Kunst, die allerdings unter seiner Herrschaft die höchsten Triumphe feierte.

Daß Deutschland in jener Zeit des wirtschaftlichen, politischen und künstlerischen Niedergangs und der inneren Zerrüttung auf dem Gebiet der Baukunst nichts Eigenes mehr hervorbrachte, haben wir oben bereits gesagt. Solche Fürsten wußten damals nichts Besseres zu tun, als neben den Sitten der moralisch verkommenen französischen Despoten auch deren Schlösser und andre Baumerke slavisch nachzuahmen, wobei sie, gleichfalls nach französischem Muster, ihre „geliebten Untertanen“ wie Zitronen auspreßten, um sich den Luxus der französischen Nachahmer gestatten zu können. Auch der Zopffil Ludwig XVI. und der Empirestil des kaiserlichen Grobreters Bonaparte, der nicht nur die Politik, sondern auch die Baukunst der römischen Kaiser nachbilden wollte, wurden in Deutschland in Ermangelung von etwas Besserem nachgeahmt. Erst als das französische Kaiserreich auf den russischen Schlachtfeldern zusammengebrochen war, begann man sich in Deutschland wieder auf seine eigene künstlerische Mission. Nachdem in der Literatur schon vorher die großen deutschen Klassiker das Verständnis für den Klassizismus geweckt hatten, konnte auch die Baukunst eine ganze Reihe neuklassizistischer Werke schaffen, wozu allerdings auch erst wieder eine Reihe Wallfahrten deutscher Künstler zu den italienischen Vorbildern notwendig waren. Kaum war jedoch der Neuklassizismus an der Arbeit, da suchte der Katholizismus den religiösen Geist der katholischen Massen zu wecken und für die Wiederaufnahme der einheimischen mittelalterlichen Baukunst Stimmung zu machen. Da diese Bestrebungen von den Romantikern in der Literatur unterstützt wurden, so hatten sie bald Erfolg. Um 1820 wurde mit der Vollendung des 1650 verlassenen Kölner Doms begonnen, und fast das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch wurden zum Teil großartige Baumerke sowohl in Anlehnung an Klassizismus wie an romantische und gotische Formen gebaut. Für letztere ist die in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts erbaute St. Nikolaiskirche in Hamburg ein gutes und nahegelegenes Studienobjekt.